

Antragsteller: Landesvorstand

Der Landesparteitag möge beschließen:

DIE RICHTIGEN ANTWORTEN

Programm der FDP Berlin zur Wahl 2011

Inhalt

Berlin im Jahr 2011.....	3
Mehr Mut zur Freiheit.....	3
Die Richtigen Antworten	4
Frühkindliche, schulische und berufliche Bildung.....	5
Vorschulische Bildung	5
Schulbildung	6
Modell Bürgerschule – die entgeltfreie Privatschule für alle.....	6
Grundschule	7
Sekundarschule	7
Gymnasium.....	8
Lehrkräfte an den Berliner Schulen.....	8
Berufliche Bildung	8
Hochschule und Wissenschaft.....	9
Wissenschaft, Forschung und Lehre.....	9
Universitätsmedizin.....	11
Private Hochschulen.....	11
Wirtschaft.....	12
Grundsätze unserer Wirtschaftspolitik	12
Die Chancen für Berlin nutzen!	12
Ansiedlungen fördern.....	13
Gründer fördern	13
Wachstumschancen bestehender Unternehmen verbessern	14
Berlin als fairer Auftraggeber	15
Tourismusbirtschaft ausbauen	15
Abgaben, Steuern und Kosten senken	15
Zusätzliche wirtschaftliche Dynamik durch Reduzieren des Beteiligungsportfolios.....	16
Arbeit/ Jobcenter	17
Stadtentwicklung und Bauen	17

1	Mobilität und Verkehr	19
2	Energiepolitik.....	20
3	Haushalt und Finanzen	22
4	Öffentlicher Dienst, Personalentwicklung und Bezahlung	24
5	Verwaltungsreform	25
6	Inneres und Sicherheit.....	27
7	Extremismus.....	27
8	Polizei	27
9	Feuerwehr und Rettungsdienste.....	28
10	Bürgerrechte	28
11	Datenschutz.....	29
12	Filz- und Korruptionsbekämpfung.....	29
13	Direkte Demokratie und Wahlrecht.....	30
14	Justiz.....	30
15	Gerichte/Staatsanwaltschaft.....	30
16	Kinder- und Jugendkriminalität.....	31
17	Strafvollzug.....	32
18	Opferschutz	33
19	Umweltpolitik	34
20	Gesundheit	35
21	Krankenhäuser und Universitätsmedizin	35
22	Gesundheitswirtschaft	36
23	Ärztliche Versorgung und Öffentlicher Gesundheitsdienst	36
24	Soziales.....	37
25	Sozialmarkt.....	37
26	Barrierefreiheit.....	38
27	Familie, Zusammenleben und Miteinander	39
28	Jugend und Jugendhilfe.....	39
29	Kinderschutz.....	39
30	Kindertagesstätten und -pflege.....	40
31	Frauen und Gleichstellung.....	40
32	Senioren	40
33	Integration.....	42
34	Sport.....	44
35	Verbraucherschutz	45
36	Kultur	46
37	Kreativwirtschaft	47
38	Medien	47

1

2 **Berlin im Jahr 2011**

3 *Präambel*

4 Berlin ist eine großartige, international herausragende Stadt. Wir wollen nicht länger hinnehmen,
5 dass die Berlinerinnen und Berliner seit über zwei Jahrzehnten unter Wert regiert werden!

6 Unsere Stadt ist bei Arbeitslosigkeit und Armutsquote Spitzenreiter. Der Lernerfolg unserer Schüler
7 ist, vor allem gemessen an den Mitteln, die der Senat dafür zur Verfügung stellt, der bundesweit
8 schlechteste. Wir sind hochverschuldet und geben trotzdem immer noch zu viel Geld aus. Wir leisten
9 uns eine teure und ineffiziente Verwaltung mit viel zu vielen Vorschriften, Verboten und Regeln. Das
10 jährlich wiederkehrende S-Bahn-Chaos, der blamable auf einem undurchsichtigen Verfahren
11 beruhende Flugroutenstreit und die in vielen Bereichen unnötig hohe Steuer- und Abgabenlast sind
12 Beispiele für das Versagen der Berliner Regierung. Verlässliche Rahmenbedingungen für das Leben in
13 unserer Stadt zu setzen ist der Senat nicht in der Lage.

14 Positive Entwicklungen in Berlin sind oftmals *trotz* der Politik des Senats und der
15 Bezirksverwaltungen zu beobachten, nicht *wegen* dieser Politik. Sie sind in vielen Fällen auf das
16 eigenverantwortliche Engagement der Bürger zurückzuführen, das oft genug durch die Verwaltung
17 behindert statt gefördert wird.

18 Die anderen Parteien haben sich mit dieser Situation abgefunden und beschränken sich im Rahmen
19 ihrer Sozial-, Arbeitsmarkt-, Bildungs- oder Integrationspolitik vor allem auf die Bekämpfung von
20 Symptomen. Statt mehr Handlungsfreiheit, Selbstverantwortung und Initiative zu schaffen, sollen
21 immer mehr Regelungen und Verbote die Bürger beschneiden. Individuelle Lebensrisiken wälzen sie
22 reflexhaft auf die Allgemeinheit ab.

23 **Mehr Mut zur Freiheit**

24 Wir Liberale konzentrieren uns darauf, die Ursachen für die Schwierigkeiten unserer Stadt zu finden
25 und bieten Lösungen dafür an, dass sich unsere Stadt wieder hin zu einer wachsenden und
26 zukunftsfähigen Metropole entwickelt.

27 Wir sind die einzige politische Kraft, die die Freiheit des Einzelnen in allen Lebensbereichen zum
28 entscheidenden gesellschaftlichen Gestaltungsprinzip macht. Nur wir Liberale haben den Mut, auf
29 die Fähigkeiten der Menschen zu vertrauen. Wir wollen, dass jeder in Berlin seine Chancen ergreifen
30 kann und der Staat die Entfaltungsräume dazu schafft. Unsere Politik wendet sich gegen ein
31 bevormundendes Ordnungs- und Planungsdenken, dass sich allein vom Staat die beste
32 Zukunftssicherung verspricht. Die Grundprinzipien von Startchancengerechtigkeit und
33 Eigenverantwortung, von Leistungsbereitschaft und Wettbewerb sollen wieder Grundlage der
34 politischen Entscheidungen werden.

35 Die FDP setzt sich für eine konsequente Rückführung des Staates auf seine Kernaufgaben ein. Der
36 Einzelne kann in der Regel besser für sich selbst entscheiden. Wir wollen einen schlanken, aber

1 starken Staat, der in der Lage ist, die von ihm gesetzten Regeln auch zu kontrollieren und Verstöße zu
2 sanktionieren.

3 **Die Richtigen Antworten**

4 Die Ursache vieler unserer Berliner Probleme ist die mangelnde wirtschaftliche Prosperität in unserer
5 Stadt. Die Menge und Dichte der Vorschriften und Regelungen macht Berlin zu dem Bundesland mit
6 der derzeit „höchsten wirtschaftlichen Unfreiheit“, wie Studien belegen. Dabei kann nicht der Staat
7 kontinuierliche Wachstumseffekte erzeugen, sondern nur die Unternehmen und Bürger. Berlin fehlt
8 es aber an Unternehmern genauso wie an privatem Kapital, das in unserer Stadt investiert wird. Der
9 Staat muss daher Rahmenbedingungen schaffen, um die von unnötigen staatlichen Einflüssen freie
10 wirtschaftliche Betätigung des Einzelnen zu ermöglichen.

11 Kernvoraussetzung dafür ist eine gute Bildungspolitik. Denn der Einzelne kann nur dann
12 selbstbestimmt durch sein Leben gehen, wenn er sich früh die Grundlagen dafür aneignen konnte.
13 Seit Jahren praktiziert Berlin bei der Schulbildung eine Nivellierung nach unten durch rot-rot-grüne
14 Gleichmacherei. Berlin braucht aber keinen Einheitsbrei, sondern exzellente Bildungsangebote. Dazu
15 gehören gerade auch gut ausgestattete Gymnasien und freie Schulen, die weitestgehend unabhängig
16 sind, ebenso wie das gezielte Fördern von Begabungen unserer Kinder.

17 Wir Liberale wollen eine Kultur der Achtung und des Erfolgs in Berlin. Wenn wir das Potenzial und die
18 Kreativität der Berlinerinnen und Berliner sich entfalten lassen, wird das Ergebnis der ganzen Stadt,
19 uns allen, nutzen. Wir wollen individuelle Unterschiede aufgrund von Leistung zulassen. Dies setzen
20 wir dem gleichmacherischen Bild von Gerechtigkeit unserer politischen Mitbewerber entgegen, die
21 dem Einzelnen vorgeben wollen, was für ihn richtig oder falsch ist.

22 Am 18. September 2011 haben Sie die Wahl. Sie müssen entscheiden, wie es mit Berlin weitergeht
23 und wie die drängenden Fragen unserer Stadt beantwortet werden sollen. Wir stehen für eine
24 Politik, die nicht sinnentleerte Personalisierung, sondern glaubwürdige und schlüssige Inhalte in den
25 Mittelpunkt stellt. Sie entscheiden über die Zukunft unserer Stadt.

26 Die richtigen Antworten hat nur die FDP!

Frühkindliche, schulische und berufliche Bildung

Bildungsvielfalt herstellen, Qualität sicherstellen, Gymnasien erhalten

Für uns sind Vielfalt in der Bildungslandschaft und individuelle Förderung leistungsstarker ebenso wie leistungsschwacher Kinder oberstes Gebot. Eine minderwertige Bildung für alle – das ist für uns Liberale undenkbar. Wir wollen die Bildungsvielfalt und die Qualität der Bildung stärken.

Die unzähligen „Reformen“ der letzten Jahrzehnte haben weder die Leistung der Berliner Kinder verbessert noch die Bildungschancen erhöht, trotz der höchsten Bildungsausgaben bundesweit. Es gibt kein schlechteres Zeugnis als das für eine zehnjährige verfehlte rot-rote Bildungspolitik! Ideologisch motivierte Schulexperimente auf dem Rücken der Kinder lehnen wir ab. Nicht die Menge an eingesetztem Geld, sondern der Bildungserfolg muss Maßstab guter Bildungspolitik sein. Das Schaffen von Startchancengerechtigkeit für ein selbstbestimmtes Leben ist unser Leitbild.

Wir wollen den Bildungseinrichtungen endlich mehr Freiheit geben! Vertrauen wir den Menschen, die in Kitas und Schulen tätig sind - den engagierten Lehrkräften, Eltern und Schülern - denn sie wissen am besten, wo an ihrer Schule der Schuh drückt! Beschränken wir endlich die Regelungsdichte des Berliner Schulgesetzes und der Verwaltungsvorgaben auf das Notwendige!

Wir wollen mehr Chancengerechtigkeit schaffen. Das gelingt vor allem dann, wenn wir die frühkindliche Bildung besser ausbauen, den Übergang von der Kita zur Grundschule besser strukturieren und die Eltern nicht von ihrer Verantwortung entbinden.

Vorschulische Bildung

- Drei Jahre vor Schulbeginn wollen wir einen ersten verbindlichen Sprachstandstest durchführen. Defizite sollen in einer verbindlichen START-Klasse bis zum Schulanfang behoben werden.
- Wir wollen, dass neben sozialen Kompetenzen wie Respekt und Hilfsbereitschaft Tugenden wie Pünktlichkeit, Disziplin und Leistungsbereitschaft schon im Rahmen der frühkindlichen Bildung vermittelt werden.
- Wir wollen die Zusammenarbeit zwischen Kita und Schule verbessern, um die Bildungsqualität in Kitas zu steigern.
- Die Bildungsleistung aller Kitas wollen wir regelmäßig überprüfen, damit Wettbewerb zwischen den Kitas hergestellt wird und die Qualität stimmt.
- Eine generelle Kitapflicht lehnen wir ab – sie ist verfassungswidrig und würde zudem die Wahlfreiheit der Eltern über Gebühr einschränken.
- Die großen Kita-Eigenbetriebe wollen wir auflösen und die Kitas auf freie Träger übertragen. Das fördert die Vielfalt und die Qualität der Bildungseinrichtungen.
- Wir wollen eine gute Kita mit engagiertem und gut ausgebildetem Personal. Die Fort- und Weiterbildung der Erzieherinnen muss deshalb verbessert werden.
- Wir unterstützen die Gründung von Fördervereinen in den Kitas. Sie ermöglichen besondere Projekte an der jeweiligen Kita, von denen alle Kinder profitieren.

- Tagesmütter garantieren den Betreuungsanspruch der Unterdreijährigen in der Kleinstgruppe. Wir wollen mit Hilfe von Fortbildungsmaßnahmen den Ausbau der Kindertagespflege fördern, damit der Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz auch in Berlin Realität werden kann.

Schulbildung

Die zahlreichen von Rot-Rot verordneten Schulreformen der letzten Jahre haben nicht zu mehr Bildungs- und Leistungsgerechtigkeit geführt - das wollen wir ändern! Die Grundschule bildet die Grundlage für den weiteren Bildungsweg der Berliner Kinder. Deshalb wollen wir sie verlässlich und solide ausstatten und die individuelle Förderung aller Kinder in den Vordergrund stellen. Die verpflichtende Einführung des Jahrgangsübergreifenden Lernens (JÜL) war ein Fehler. Wir wollen, dass die Schulgemeinschaft zukünftig über die Einführung von JÜL eigenverantwortlich entscheidet.

Das langsame Ausbluten der Gymnasien durch SPD, Linke und Grüne wollen wir stoppen. Wir wollen die Rahmenbedingungen für Schulen in freier Trägerschaft verbessern und Eltern und Schulen für ihren Bildungsauftrag mit unserem Modell der „Bürgerschule“ mehr Eigenverantwortung geben. Damit schaffen wir Spielräume für die Gestaltungskraft unserer Schulen und setzen einen Schlusspunkt unter die ständigen sogenannten „Reformen“ der letzten Jahre. Wir werden nicht zulassen, dass das Zusammenfassen der Haupt-, Real- und Gesamtschulen zur Sekundarschule dazu führt, dass das Niveau immer weiter nach unten abgleitet. Die Bildungsleistung der Ganztagschulen wollen wir ständig überprüfen, damit Wettbewerb zwischen den Schulen hergestellt wird und die Qualität stimmt.

Hochbegabte Kinder müssen konsequent gefördert werden. Wir wollen mit einem „Enrichment-Konzept“ ein zusätzliches Kursangebot außerhalb der Unterrichtszeit einführen. In Kursen und Arbeitsgruppen sollen besondere Lernangebote gemacht werden, die sowohl in ihrer Thematik als auch in ihrer Intensität und Arbeitsweise jenseits des üblichen Unterrichtsangebotes liegen und individuelle Begabungen und Talente adäquat fördern.

Wir wollen zudem, dass Schüler, die wiederholt durch rassistisches, antisemitisches, deutschenfeindliches oder sonstiges diskriminierendes Verhalten aufgefallen sind, einer Schule in einem anderen Stadtteil oder Bezirk zugewiesen werden können.

Modell Bürgerschule – die entgeltfreie Privatschule für alle

Bildung ist unser wichtigstes Zukunftskapital. Der Erwerb von Bildung darf daher nicht vom Geldbeutel abhängen. Darum wollen wir die individuelle Schule, und zwar für alle. Dieses Modell nennen wir „Bürgerschule“. Es stellt Schulen in freier Trägerschaft den staatlichen Schulen in der Finanzierung gleich, da alle Schulen vom Land Berlin dieselben Schülerkostensätze erhalten. Alle Kinder sollen damit unabhängig vom Einkommen der Eltern jede Schule besuchen können, egal ob öffentlich oder privat. Alle Schulen – gleich ob öffentlich oder privat – sollen zudem in Zukunft über ihr eigenes Budget frei verfügen können, alle Personalentscheidungen und Entscheidungen über ihr eigenes Profil sollen sie selbst treffen. So entstehen Gestaltungsspielräume einer zukunftsfähigen, selbständigen Schule in Freiheit und Verantwortung.

- Die Schulfinanzierung wird schrittweise auf Schülervollkostensätze umgestellt, so dass ab 2016 eine trägerunabhängige Schulfinanzierung mit Schulgutscheinen greift.
- Die Schulleitungen nehmen eigene Stellenausschreibungen und Einstellungen vor. Für diese Aufgabe werden sie durch Weiterbildungen im Schulmanagement qualifiziert.
- Unterrichtsausfall wollen wir nicht länger tolerieren. Schülerinnen und Schüler haben ein Recht auf Unterricht! Das den Schulen zur Verfügung stehende zusätzliche Personalkostenbudget wollen wir darum von 3% auf 4% erhöhen.
- Schulen sollen eigenverantwortlich über ihren gesamten Haushalt entscheiden, auch über das Budget für Bauunterhaltung.
- Wir wollen zentrale Prüfungen, die eine Vergleichbarkeit der Abschlüsse ermöglichen.
- Transparenz über den Bildungserfolg jeder Einrichtung werden wir durch die Veröffentlichung der Ergebnisse pro Schule herstellen.

Grundschule

- Die bürokratischen Schuleinzugsbereiche, die Eltern und Schülern ihre Grundschule vorschreiben, wollen wir aufheben. Nur eine freie Schulwahl ermöglicht einen fairen Wettbewerb zwischen den Schulen um die besten Konzepte.
- Zu Beginn der Schule sollen Zielvereinbarungen zwischen Schule und Eltern abgeschlossen werden, die die Aufgaben beider Akteure klar definieren. Sinn dieser Vereinbarungen ist es, Eltern ihre besondere Verantwortung und ihre Möglichkeiten bei der Förderung ihres Kindes zu verdeutlichen.
- Wir wollen Kooperationen insbesondere von Ganztagsschulen mit Musikschulen, Sportvereinen und anderen gesellschaftlichen Einrichtungen im Rahmen der Schulbudgets fördern.
- Hortbetreuung soll für alle möglich sein. Die Lücke für die fünften und sechsten Klassen bei der Hortbetreuung wollen wir beseitigen.
- Die individuelle Förderung der Kinder wollen wir über ein zusätzliches Budget verbindlich regeln, damit insbesondere Sprachdefizite schnell behoben werden können.
- Wir wollen den Ganztagsbetrieb durch mehr Abwechslung von Unterricht und Arbeitsgemeinschaften attraktiver gestalten (Rhythmisierung).
- Wir wollen die MINT-Fächer (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik) in den Klassen 5 und 6 stärken.

Sekundarschule

- Wir wollen die Berufsorientierung und Berufsberatung in den Schulen verbessern. Dazu wollen wir stärkere Kooperationen mit Unternehmen und Selbstständigen, um praxisbezogene Kenntnisse zu vermitteln.
- Die Durchlässigkeit zwischen Sekundarschulen und Gymnasien muss für geeignete Schüler gewährleistet sein.
- Ganztagsschulen sollen Präsenzzeiten von Lehrern einführen, die eine regelmäßige Ansprechbarkeit erlauben.

Gymnasium

- Das langsame Ausbluten der Gymnasien, gerade auch durch unterlassene Unterhaltungs- und Baumaßnahmen, darf nicht weitergehen. Die offensichtliche Benachteiligung der Gymnasien gegenüber der Sekundarschule und Gemeinschaftsschule wollen wir abschaffen. Für uns sind Gymnasien ein wichtiger und unverzichtbarer Pfeiler des Bildungsangebots.
- Das Losverfahren bei der Zulassung zum Gymnasium wollen wir abschaffen.
- Die Lehrpläne wollen wir verschlanken und entschlacken, damit Kinder nicht länger durch die Fülle des Lehrstoffs überfordert werden.
- Das Abitur nach 12 Jahren soll am Gymnasium die Regel sein, aber es soll auch die Wahlfreiheit bestehen, das Abitur erst nach 13 Jahren zu vergeben.
- Die Klassengrößen in den Gymnasien wollen wir senken, um individuelle Förderung zu ermöglichen.
- Grundständige Gymnasien, die Kinder schon ab der 5. Klasse aufnehmen, wollen wir beibehalten und ihnen eine eigenständige Profilierung gerade auch im neusprachlichen und mathematisch-naturwissenschaftlichen Bereich ermöglichen.

Lehrkräfte an den Berliner Schulen

- Wir wollen, dass schon Bachelorabsolventen im Lehramtsstudium künftig als Schulassistenten eingesetzt werden können, um Lehrer in ihrer Tätigkeit zu unterstützen.
- Die Lehrerausbildung soll in den Universitäten in einer eigenständigen Einrichtung innerhalb der Hochschule zusammengefasst werden. Fortbildungen sollen auch im Bereich Schulmanagement für Leitungskräfte erfolgen.
- Wir wollen, dass Lehrkräfte sich außerhalb der Unterrichtszeit verbindlich fortbilden, insbesondere während der Ferienzeiten. Die Fortbildungsangebote sollen laufend überprüft werden, um deren Qualität zu gewährleisten.
- Eine Verbeamtung von Lehrkräften lehnen wir ab, denn das Berufsbeamtentum ist mit unserer Vorstellung von eigenverantwortlicher und flexibler Schulen nicht vereinbar. Zudem treffen die Lasten der Verbeamtung durch die Versorgungskosten kommende Generationen.
- Den angestellten Lehrkräften wollen wir in Berlin attraktive Arbeitsbedingungen bieten: Leistungsanreize, bessere Arbeitsbedingungen, eine gerechtere Arbeitszeitregelung und weniger Bürokratie sind wichtige Schritte, den Wegzug der Lehrkräfte in andere Bundesländer zu stoppen.
- Wir wollen eine bessere Vernetzung zwischen Hochschulen und Schulen, um die praktischen Erfahrungen der Studierenden zu intensivieren.

Berufliche Bildung

Eine der größten Gefahren für die Zukunftsfähigkeit der Berliner Wirtschaft ist der Fachkräftemangel. Dieses Problem verstärkt die derzeitige mangelhafte Bildungs- und Berufsbildungspolitik, die dazu führt, dass ein immer größerer Anteil der Schulabgänger nicht ausbildungsfähig ist. Wir wollen das System der dualen Ausbildung in Berufsschule und Betrieb wieder stärken.

- Die duale Ausbildung in Betrieb und Berufsschule muss gegenüber der außerbetrieblichen Ausbildung ohne echte Praxis wieder klaren Vorrang erhalten.

- Die Berufsausbildung wollen wir modularisieren, das heißt sie aus standardisierten Einzelbausteinen zusammensetzen. Das ermöglicht die Förderung von individuellen Fähigkeiten ebenso wie den Einstieg von geringqualifizierten Bewerbern.
- Wir wollen die Berufsorientierung und -beratung in den Schulen verbessern, um Berufschancen sowie die Vielfalt der über 300 Ausbildungsberufe frühzeitig aufzuzeigen und den Schülern eine gezielte Qualifizierung auf ihr Wunschberufsziel hin zu ermöglichen.
- Die Durchlässigkeit zum Hochschulsystem nach erfolgreicher Berufsausbildung wollen wir weiter verbessern. Dazu werden wir Aus-, Fort- und Hochschulbildung besser verzahnen, um qualifizierten Absolventen Weiterbildungschancen zu eröffnen.

Hochschule und Wissenschaft

Freie Entfaltung für Lernende, Lehrende und Forschende

Berlin muss sich den Herausforderungen eines globalisierten Wissenschafts- und Forschungssystems stellen und auf beschleunigte Innovationszyklen, hohe Mobilität in einem international gewordenen Arbeitsmarkt für Studierende, Lehrende und Forschende reagieren. Das ist nur möglich, wenn die Politik zulässt, dass Lernende, Lehrende und Forschende sich möglichst frei von staatlichen Eingriffen wissenschaftlich entfalten. Die alten Strukturen staatlicher Aufsicht und Detailsteuerung lassen dies nicht zu.

Wir wollen daher das Verhältnis zwischen Staat und Hochschulen in einem Hochschulfreiheitsgesetz neu regeln. Ziel ist es, den Hochschulen ein hohes Maß an Planungssicherheit, Eigenverantwortung und Selbstbestimmung zu gewähren.

Wissenschaft, Forschung und Lehre

Damit die Anreize für eine qualitativ hochwertige Bildung verbessert werden, soll die staatliche Studienfinanzierung stärker an den Studienbedingungen und der Anzahl der Studierenden ausgerichtet werden.

- Das derzeitige System der Hochschulfinanzierung wollen wir daher in Richtung eines „Geld folgt Studierenden“-Modells gemeinsam mit den Hochschulen fortentwickeln. Dazu wollen wir die Mittel für Forschung sowie die von den Hochschulen nicht zu steuernden Aufgaben in eine Grundfinanzierung für die Hochschulen umwandeln.
- Die in den Hochschulverträgen vereinbarte Anzahl an Studienplätzen in Berlin wollen wir für die kommenden vier Jahre anheben, wobei wir zu deren Finanzierung die erfolglose Einstein-Stiftung auflösen wollen.
Damit schaffen wir für die Absolventen des doppelten Abiturjahrgangs 2012 gute Studienmöglichkeiten und -bedingungen in Berlin.
- Wir möchten, dass die Schüler besser auf das Studium vorbereitet sind, daher sollen die schulischen Beratungsmöglichkeiten ausgebaut werden. Bereits mit Eintritt der Sekundarstufe II müssen Schüler und Schülerinnen die Möglichkeit haben, Studienfach- und Studienfinanzierungsberatung in Anspruch zu nehmen.

- 1 • Wir werden das auf Bundesebene von der FDP durchgesetzte Stipendienprogramm
2 besonders für die Berliner Studierenden dazu nutzen, um möglichst viele Stipendien für
3 Berlins Studierende einzuwerben.
- 4 • Angesichts der Betreuungs- und Lehrsituation an Berlins staatlichen Hochschulen sollen diese
5 das Recht erhalten, Studienbeiträge bis zu einer Höhe von 500 Euro je Semester zu erheben.
6 Voraussetzung dafür ist, dass die Einnahmen vollständig an der jeweiligen Hochschule
7 verbleiben und zur Verbesserung der Studienqualität führen. Die Studierenden müssen dabei
8 an der Ausgestaltung der Verwendung der Studienbeiträge beteiligt sein.
- 9 • Daneben wollen wir ein Kreditprogramm auflegen, das es Studierenden ermöglicht,
10 Studienbeiträge vorzufinanzieren und erst im Berufsleben einkommensabhängig
11 zurückzuzahlen.
- 12 • Hochschulen sollen Berufungen eigenständig durchführen können und über die Höhe von
13 Leistungszulagen selbstständig entscheiden. Der Vergaberahmen in der W-Besoldung wird
14 damit abgeschafft. Hochschulen müssen darüber hinaus in die Lage versetzt werden, flexibel
15 und angemessen auf internationale Bedingungen und Entwicklungen bei der Vergütung und
16 Nebenabreden zu reagieren.
- 17 • Die Hochschulen sollen Wissenschaftlern individuell ermöglichen können, ihrer
18 Lehrverpflichtung flexibel nachzukommen. Die Lehrverpflichtungsverordnung wollen wir
19 abschaffen.
- 20 • Die Hochschulen sollen einzelne Dienstleistungen, die heute vom Studentenwerk angeboten
21 werden, in eigener Regie anbieten können, um ihr Hochschulprofil zu schärfen und das
22 Angebot für die Studierenden zu verbessern.
- 23 • Drittmittelstellen sollen nicht automatisch zu einer Kapazitätserhöhung einer Hochschule
24 führen, sondern sie sollen auch zur Verbesserung der Betreuungsrelation in der Lehre
25 genutzt werden können.“
- 26 • Die Zwangsmitgliedschaft in den Studierendenschaften wollen wir durch ein Austrittsrecht
27 der Studierenden beenden. So entscheidet jeder Student selbst, ob er der verfassten
28 Studierendenschaft weiter angehören möchte oder nicht.
- 29 • Staatliche Forschungsverbote und Hemmnisse, gerade im Zukunftsfeld der für den
30 Berliner Standort so wichtigen Lebenswissenschaften, werden wir überprüfen und
31 gegebenenfalls beseitigen.
- 32 • Die Leistungsfähigkeit des Berliner Wissenschaftssystems wollen wir durch den Ausbau der
33 Kooperationsmöglichkeiten zwischen Universitäten, außeruniversitären
34 Forschungseinrichtungen, der Wirtschaft und Schulen fördern.
- 35 • Wir werden die Einführung von Globalhaushalten und kaufmännischer Buchführung
36 zur Stärkung der Wissenschaftseinrichtungen konsequent fortführen und damit einen
37 Beitrag zur weitgehenden Selbstverwaltung der Wissenschaftseinrichtungen liefern.
- 38 • Wir werden uns für einen eigenständigen Wissenschaftstarifvertrag für einen
39 hochdynamischen Arbeitsmarkt einsetzen. Dadurch schaffen wir die Voraussetzungen für
40 ein eigenständiges Tarif- und Vergütungssystem für Wissenschaftler, wissenschaftlichen
41 Nachwuchs und wissenschaftlich-technisches Personal.
- 42 • Wir werden uns dafür einsetzen, dass die diskriminierende Altersgrenze fällt. Keiner
43 soll nur aufgrund seines Alters von einer Lehr- oder Forschungstätigkeit ausgeschlossen sein.

- Wir werden uns dafür einsetzen, dass Arbeitsmöglichkeiten für ausländische Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen erleichtert werden. Wir brauchen unbürokratische Regelungen für Aufenthalts- und Arbeitserlaubnisse.

Universitätsmedizin

Die Charité ist nicht nur eine Ansammlung von Krankenhäusern, sondern eine der wichtigsten Forschungsinstitutionen unserer Stadt. Seit der Wiedervereinigung haben die Einzelteile der heutigen Charité einen beachtlichen Veränderungsprozess erfahren. Die Forschungskraft hat sich trotz des sich ständig wandelnden Umfeldes hervorragend entwickelt.

Das Zusammenlegen der zwei medizinischen Fakultäten zu einer von HU und FU gemeinsam getragenen Institution hat sich nicht bewährt. Die Charité, die sich in den letzten Jahren organisatorisch und mental weiter verselbstständigt hat, wollen wir zu einer eigenständigen medizinischen Hochschule umwandeln. Im Zuge dessen wollen wir die Anzahl der Standorte weiter reduzieren und einen Neubau für die universitätsmedizinische Krankenversorgung vorsehen (→ Gesundheit). Die für diesen Prozess notwendigen Investitionen werden sich schon mittelfristig durch Kosteneinsparungen bezahlt machen.

Private Hochschulen

Berlin ist ein attraktiver Standort für private Hochschulen. Sie bereichern das Studienangebot um weitere Kapazitäten und gute Lehrangebote. Gerade berufstätige Studierende können durch private Hochschulen einen Hochschulabschluss erlangen.

Wir wollen daher die Ansiedlung und das Wachstum von privaten Hochschulen in Berlin unterstützen. Es ist staatliche Aufgabe, die Bildung junger Menschen zu finanzieren – und zwar unabhängig von der staatlichen oder privaten Trägerschaft der jeweiligen Einrichtung. Daher wollen wir mittelfristig private Hochschulen in das „Geld folgt Studierenden“-Modell einbeziehen und kurzfristig sie am Aufbau zusätzlicher Studienkapazitäten beteiligen und sie hierbei finanziell den staatlichen Hochschulen gleichstellen.

1

2 **Wirtschaft**

3 *Mehr unternehmerische Initiative für mehr Wohlstand in unserer Stadt*

4 Wir brauchen eine grundsätzliche Neuausrichtung der Berliner Politik. Eine Politik, die den Menschen
5 neue Perspektiven für Wohlstand und Selbstverwirklichung eröffnet und die die großen Potenziale
6 unserer Stadt endlich nutzt, muss auf die Entfaltung unternehmerischer und freiberuflicher Initiative
7 setzen. Unternehmen schaffen Arbeitsplätze, entwickeln neue Technologien und finanzieren über
8 ihre Steuern die Infrastruktur unserer Stadt. Die Arbeitnehmer tragen durch ihre Arbeitsleistung zum
9 Erfolg der Unternehmen bei. Eine unternehmensfreundliche Politik nutzt deshalb allen Bürgerinnen
10 und Bürgern Berlins.

11 Jede Entscheidung, die Wachstum fördert und damit Arbeit und Wohlstand schafft, ist daher von der
12 Politik zu unterstützen. Jede Maßnahme, die Arbeit und Wohlstand unnötig schadet, ist zu
13 unterlassen. Wirtschaftspolitik ist für die FDP eine Querschnittsaufgabe, an der sich alle Politikfelder
14 und die Verwaltung zu orientieren haben.

15 Staatliche Bevormundung und die Tendenz des rot-roten Senats, immer mehr zu regeln, zu
16 reglementieren und zu verbieten, muss ein Ende haben. Ökologisch sinnlose Einfahrverbote in die
17 Innenstadt („Umweltzone“), zusätzliche bürokratische Hürden für kleine und mittlere Unternehmen
18 („Berliner Vergabegesetz“), unrealistisch hohe Auflagen für den Winterdienst („Straßenreinigungs-
19 gesetz“), unnötig hohe Einschränkungen der Eigenverantwortung („Nichtraucherschutzgesetz“) oder
20 die zwangsweise energetische Sanierung von Gebäuden auf Kosten der Eigentümer und Mieter
21 („Klimaschutzgesetz“) stehen beispielhaft für diese Entwicklung. Liberale Politik bedeutet dagegen,
22 auf die Verantwortlichkeit und die Initiative jedes Einzelnen zu setzen.

23 **Grundsätze unserer Wirtschaftspolitik**

- 24 • Wir Liberale bekennen uns zu einer unternehmensfreundlichen Politik, auf der Grundlage der
25 sozialen Marktwirtschaft. Innovation und unternehmerisches Risiko sind die Grundpfeiler
26 erfolgreichen wirtschaftlichen Handelns
- 27 • Wir stehen für eine wirtschaftsfreundliche Verwaltung und effektiven Bürokratieabbau.
- 28 • Wir erwarten von den führenden Repräsentanten unserer Stadt mehr persönliches
29 Engagement für die Berliner Wirtschaft und mehr eigene Wirtschaftskompetenz.
- 30 • Wir wollen das Verständnis für wirtschaftliche Zusammenhänge und unternehmerische
31 Verantwortung in der Gesellschaft stärken.

32 **Die Chancen für Berlin nutzen!**

33 Wirtschaftspolitik muss gezielt Chancen nutzen, sie darf sich dabei aber nicht verzetteln. Zudem muss
34 Berlin nicht nur neue Unternehmen werben, sondern auch die Abwanderung vorhandener Firmen
35 verhindern und das Wachstum bestehender Unternehmen ermöglichen. In den folgenden Bereichen
36 wollen wir Chancen nutzen:

- Unternehmen können nur bei guten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen gedeihen. Diese werden wir herstellen und gewährleisten.
- Wir wollen überregionale, höherwertige Dienstleister (IT, Berater, unternehmensnahe Dienstleistungen, Kreativwirtschaft) anziehen, um hochwertige Dienstleistungen aus Berlin zu exportieren.
- Ebenso wollen wir uns um Industrie und verarbeitendes Gewerbe (Erweiterungsinvestitionen und neue Produktionen vor allem im Hightech-Bereich) verstärkt bemühen und diesen Sektor weiter ausbauen.
- Wir wollen Berlin auch als Standort für Deutschland- oder Europazentralen ausländischer Unternehmen bei Neuansiedlungen in Deutschland bzw. der EU positionieren.

Ansiedlungen fördern

Wir wollen die Aktivitäten der Ansiedlungsförderung deutlich fokussieren, um konkrete Erfolge erzielen zu können.

- Wir wollen Ansiedlungsaktivitäten auf die vorhandenen Cluster Berlins konzentrieren (Kreativwirtschaft, Informationstechnologie/ Medien, Logistik/ Verkehr, Biotech/ Gesundheit).
Neue Cluster können nicht beliebig durch „die Politik“ herbeigeredet werden (Stichwort: „Green Economy“), sondern setzen bestehende Unternehmen voraus, deren Aktivitäten sich ergänzen und gegenseitig befruchten.
- Wir wollen aktiv Ansiedlungen auf hoch produktive und hoch wertschöpfende Branchen fokussieren (überregionale Dienstleister, Hightech, hoch wertschöpfende Produktionen, zentrale Verwaltungen außereuropäischer Unternehmen), um gutbezahlte und anspruchsvolle Arbeitsplätze in Berlin zu schaffen.
- Wir werden die Wirtschafts- und Ansiedlungsförderung sowie die Marketing-Aktivitäten Berlins (BerlinPartner, visitBerlin, Technologie Stiftung Berlin) organisatorisch zusammenführen und eng mit dem Liegenschaftsmanagement und der Stadtplanung koordinieren.

Gründer fördern

Wir brauchen mehr Unternehmer und mehr Gründer in Berlin. Gründer geben unserer Stadt entscheidende Impulse für mehr Wachstum und schaffen attraktive Arbeitsplätze. Gerade kleine und mittlere Unternehmen und Handwerker dienen als Gründungsmotor, sie sind relativ krisenresistent und können Berlin daher dauerhaftes Wachstum bringen. Berlin braucht aber nicht nur mehr, sondern auch eine qualitative Verbesserung der Unternehmensgründungen: Wir wollen, dass sich mehr neue Betriebe in den Zukunftstechnologien und hochwertigen Dienstleistungen sowie in der Kreativwirtschaft, der Gesundheitswirtschaft und in den Verkehrstechnologien ansiedeln, neben den bisher vorherrschenden Gründungen in Handel, einfachen Dienstleistungen oder Gastgewerbe.

Wir wollen deshalb folgendes umsetzen:

- Wir wollen die Stimmung für Gründungen in Berlin verbessern und positiv auf die Öffentlichkeit einwirken, um die Haltung gegenüber Existenzgründung, Unternehmertum und Risikobereitschaft zu verbessern.
- Wir wollen Menschen ermutigen, ihre Ideen unternehmerisch umzusetzen. Mit der Herausgabe eines „Gründerleitfadens“ werden wir die neuen Möglichkeiten für Gründer in Berlin international bekannt machen und den Mittelabruf bei Förderprogrammen vereinfachen.
- Wir wollen ein „Gründerhaus“ als Anlaufstelle für Gründer aufbauen. Dort soll ein niedrigschwelliges und schnell verfügbares Angebot von Netzwerken und Kontakten unter anderem mit Hochschulen und Kapitalgebern für Gründer bereitgehalten werden.
- Wir wollen mehr privates Beteiligungskapital mobilisieren, indem Berlin die direkte Vermittlung von Wagniskapital unterstützt und Investoren und Gründer zusammenbringt.
- Die bestehenden erfolgreichen Aktivitäten der Berliner Hochschulen im Bereich der Unternehmensgründungen müssen dauerhaft fortgeführt und weiter unterstützt werden.
- Das Potenzial von Gründern mit Migrationshintergrund muss Berlin endlich stärker nutzen und diesen Personenkreis zu unternehmerischem Engagement ermutigen.
Wir werden uns dafür einsetzen, dass ausländische Abschlüsse in Berlin schneller und einfacher anerkannt werden. Bei Defiziten wollen wir Angebote schaffen, damit ausländische Abschlüsse zu anerkannten Abschlüssen erweitert werden können.
Wir wollen Unternehmer mit Migrationshintergrund gezielt für die Außenwerbung sowie die Herstellung und Pflege von Außenwirtschaftskontakten für Berlin gewinnen, vor allem auch außerhalb der EU.
- Die bestehenden Programme und Strukturen wollen wir auf die Berliner Cluster fokussieren. Die Förderprogramme müssen übersichtlicher werden. Wir wollen sie auf wenige zusammenfassen. Förderprogramme sollen viel konsequenter auf messbare Ergebnisse bei den Gründern abstellen und regelmäßig evaluiert werden. Eine Förderung soll in Zukunft auch in Form von Beratungsunterstützung (vor allem in den Bereichen Marketing und Vertrieb) geleistet werden.

Wachstumschancen bestehender Unternehmen verbessern

Auch die in Berlin bereits ansässigen Unternehmen verdienen die Aufmerksamkeit der Politik, und zwar nicht erst, wenn sie androhen, Arbeitsplätze abzubauen oder die Stadt zu verlassen. Berliner Unternehmen müssen in ihrem Wachstum unterstützt und nicht behindert werden.

- Berlin braucht eine professionelle Begleitung bestehender Unternehmen. Dabei sollen u.a. Netzwerke unter Beteiligung von Hochschulen, Forschungseinrichtungen, Unternehmen aller Größen, Kapitalgebern sowie der Verwaltung angeregt und aufgebaut werden.
- Die Förderprogramme und Förderungsaktivitäten für Bestandsunternehmen wollen wir – ohne andere, etablierte Industrien zu vernachlässigen – auf die Cluster konzentrieren, da dort die besten Wachstumseffekte erzielt werden können.
- Wir wollen, dass die Berliner Verwaltung zu einem serviceorientierten Dienstleister für Berliner Unternehmen wird. Unternehmen sollen für alle Verwaltungsvorgänge einen

Einheitlichen Ansprechpartner erhalten, der sich um ihre Anliegen kümmert (→ Verwaltungsreform).

Berlin als fairer Auftraggeber

In Berlin vergibt die öffentliche Hand jährlich Aufträge in Höhe von ca. € 5 Mrd. Die FDP lehnt zusätzliche Vergabekriterien, die nicht die Qualität, den Leistungsinhalt, die Wirtschaftlichkeit (Preis, Betriebskosten) und die Leistungsfähigkeit des Auftragnehmers betreffen, ab. Jedes weitere sachfremde Kriterium verteuert die Leistung und verzerrt den Wettbewerb.

- Vergaben sind mittelstandsfreundlich im Sinne der Unternehmen der Region zu gestalten.
- Wir wollen das Berliner Vergabegesetz mit seinen vergabefremden Beschränkungen abschaffen. Die Vergaberegelungen auf Bundes- und EU-Ebene reichen völlig aus.
- Die Einführung von transparenten und einheitlichen Vergabekriterien für Landesbeteiligungen ist erforderlich.
- Um die schlechte Zahlungsmoral der Berliner Verwaltung zu verbessern, sind verwaltungsinterne Sanktionsmechanismen gegen die säumige Verwaltungsstelle einzuführen.

Tourismuswirtschaft ausbauen

Tourismus ist ein wichtiger und einträglicher Wachstumssektor in Berlin. Wir wollen die touristische Anziehungskraft Berlins weiter stärken. Wir haben das Ziel, Berlin zur Tourismus-Metropole Nr. 1 in Europa zu machen.

- Wir wollen den Ausbau der internationalen Flugverbindungen Berlins besonders nach Asien und Übersee vorantreiben. Der Flughafen Berlin-Brandenburg International darf nicht zu einem Regionalflughafen herabgestuft werden. Er muss wirtschaftlich arbeiten und sich weiter entwickeln können.
- Zusätzliche Abgaben für Touristen lehnen wir ab. Vor allem wollen wir keine bürokratische „CityTax“, die Berlin wenig bringt, aber Berlin für Touristen verteuert.
- Wir setzen uns ein für eine möglichst weitgehende Lockerung der Ladenöffnungszeiten.
- Fremdsprachige Touristen müssen sich im öffentlichen Raum besser orientieren können. Darum wollen wir mehr touristenfreundliche Informationen, vor allem in englischer Sprache.

Abgaben, Steuern und Kosten senken

Wir wollen Abgaben und Steuern senken, um Wirtschaftswachstum zu ermöglichen. Wirtschaftswachstum führt wiederum zu strukturellen Verbesserungen im Haushalt (→ Finanzen)

- Wir wollen die Steuer- und Abgabenlast senken, um die Wettbewerbsfähigkeit des Standorts Berlin zu verbessern. Gewerbesteuer, Grundsteuer und Grunderwerbsteuer wollen wir daher auf ein niedrigeres Niveau anpassen, dass mit anderen Metropolen vergleichbar ist.
- Die besonders hohen Belastungen für Mieter und Immobilieneigentümer in Berlin wollen wir deutlich reduzieren. Dies betrifft neben der Grund- und Grunderwerbsteuer vor allem auch die Entgelte für Wasser, Abwasser, Abfall, Straßenreinigung, Schornsteinfegerwesen und Fernwärme.

In diesen Bereichen wollen wir mehr Wettbewerb schaffen, um die Abgabenlast für die Bürger zu senken und gleichzeitig bessere Leistungen zu bieten. Eine transparente Preisbildung im Wettbewerb ist jeder Rechtsvorschrift zur Gebührenkalkulation überlegen. Leistungen der Entsorgung und Straßenreinigung müssen regelmäßig gebietsweise ausgeschrieben werden.

- Die Selbstbereicherung des Landes Berlin auf Kosten der Bürger durch hohe Zwangsgebühren bei der so genannten Daseinsvorsorge (wie z.B. bei den Wasserpreisen) werden wir beenden.
- Das Straßenausbaubeitragsgesetz, das Grundstückseigentümer für Instandhaltungsversäumnisse des Senats in den letzten Jahrzehnten haftbar macht, wollen wir abschaffen.

Zusätzliche wirtschaftliche Dynamik durch Reduzieren des Beteiligungsportfolios

Die FDP stellt alle Beteiligungen des Landes Berlin zur Disposition. Es gilt der Grundsatz: Die öffentliche Hand hat sich nicht als Wettbewerber am Markt unternehmerisch zu betätigen. Die von Rot-Rot angestrebte Re-Kommunalisierung bereits privatisierter Betriebe lehnen wir entschieden ab. Sie würde den Berliner Haushalt auf lange Zeit belasten, ohne positive Effekte für die Bürger erreichen zu können. Für uns Liberale stehen die Interessen der Bürger im Vordergrund, und nicht abstrakte Eigentumsdiskussionen.

Wir wollen die Beteiligungen des Landes und städtisches Immobilienvermögen veräußern, wann immer dies unter Beachtung einer ausreichenden Flächenbevorratungspolitik und ohne Bildung neuer privater Monopole möglich ist. Wir wollen ein Kataster, das als Leitfaden für die Privatisierung von Landesbeteiligungen im Wettbewerb dient:

- Alle durch landeseigene Unternehmen und die öffentliche Hand unmittelbar erbrachte Leistungen wollen wir darauf überprüfen, ob diese nicht auch von privaten Anbietern im Wettbewerb erbracht werden können. Mit staatlichen Geldern darf keine Konkurrenz zu privatwirtschaftlicher Tätigkeit gefördert werden.
- Dies gilt auch im Bereich der so genannten Daseinsvorsorge. Hier hat der Staat die Organisation der Leistungserbringung sicherzustellen, dies aber nicht selbst zu erbringen.
- Jede Beteiligungsveräußerung leistet einen Beitrag zur Haushaltskonsolidierung.
- Private Investitionen ziehen in der Regel auch weiteres privates Kapital nach Berlin nach.
- Die Berliner Wasserbetriebe belasten die Bürger durch hohe Wasserpreise, die auf die Selbstbereicherung des Landes Berlin aufgrund der von CDU und SPD eingeleiteten und von SPD und Linken fortgeführten Scheinprivatisierung zurückzuführen sind. Wir wollen die Berliner Wasserbetriebe in eine wettbewerbsfördernde Struktur überführen, um mehr Effizienz und einen bezahlbaren Wasserpreis für Bürger und Unternehmen zu erreichen.
- Auch die noch landeseigenen Berliner Wohnungsgesellschaften müssen in die freie Immobilienwirtschaft überführt werden. Auch wenn der Staat Verantwortung dafür trägt, sozial Schwachen Wohnen zu ermöglichen, so sind doch der Bau und die Verwaltung von Wohnimmobilien keine Aufgabe des Staates.

1 **Arbeit/ Jobcenter**

2 Wir werden das Augenmerk der Arbeitsmarktpolitik nicht auf immer weitere
3 Beschäftigungsmaßnahmen, sondern auf den ersten Arbeitsmarkt lenken. Den teuren und
4 wirkungslosen Öffentlichen Beschäftigungssektor des rot-roten Senats, der nur einigen Wenigen
5 zugutekommt, werden wir abschaffen. Arbeitsgelegenheiten und Beschäftigungsgesellschaften – oft
6 unter wenig transparenter wirtschaftlicher Trägerschaft – sind keine Perspektive für
7 Langzeitarbeitslose. Wir werden stattdessen den Einstieg in den Ersten Arbeitsmarkt für
8 Transferempfänger konsequent fördern und zum Ziel aller beschäftigungspolitischen Maßnahmen
9 machen.

10 Die Verantwortung für die Arbeit der Jobcenter wollen wir von der Bundesagentur für Arbeit stärker
11 auf die Bezirke verlagern, damit sie schnell, flexibel und ortskundig Arbeitssuchende unterstützen
12 können.

13 Wir machen uns dafür stark, dass die Arbeitsvermittler nach dem Vorbild Dänemarks einen engen
14 und direkten Austausch mit den Unternehmen suchen, um die Bedarfe zu erkennen und
15 Arbeitssuchende schnell auf offene Stellen zu vermitteln.

16 **Stadtentwicklung und Bauen**

17 *Strategische Planung für das Wachstum Berlins*

18 Stadtentwicklung, Bauen und Verkehrsplanung müssen Teil einer strategischen Planung für unsere
19 Stadt werden. Unser Ziel ist es, die Stadtentwicklung auf ein weiteres Wachstum unserer Stadt
20 auszurichten und damit deren Zukunftsfähigkeit aktiv zu fördern. Wenn hunderttausende
21 Arbeitsplätze mehr in Berlin entstehen sollen, müssen auch Bauflächen für Wohnungen, Büros,
22 Gewerbe, Industrie und entsprechende Energie- und Verkehrsstrassen bereitgestellt werden. Dies ist
23 unser Begriff von integrierter Stadtentwicklung.

- 24 • Die Landesplanung muss eine koordinierte Zielvorstellung verfolgen. Sie muss sich an den
25 Bedürfnissen einer wachsenden Stadt und einer wachsenden Wirtschaft orientieren. Der
26 Berliner Senat muss dazu einen Masterplan entwickeln, der Wachstumsachsen und künftige
27 Entwicklungspotenziale und Nutzungsmöglichkeiten aufzeigt und deren Anforderungen an
28 die Infrastruktur berücksichtigt.
- 29 • Wir wollen für Berlin ein professionelles Flächenmanagement etablieren, damit die Stadt auf
30 das Wachstum vorbereitet ist. Verkehrsachsen, Industrieflächen, Baugebiete, soziale
31 Infrastruktur und sonstige Flächen sind zu erfassen und priorisiert nach Kriterien und
32 Kategorien aus Sicht der potenziellen Nutzer zu ordnen. Während die endgültige Nutzung
33 noch nicht erfolgt, sind Zwischennutzungen anzuregen und zu organisieren.
- 34 • Wir wollen, dass bedeutende und ambitionierte Projekte in Bau und Architektur (z.B.
35 Stadtschloss, Mediaspree, die Hochhäuser am Alex, die Bauten am Breitscheidplatz/Zoo und
36 die IGA Tempelhof 2017) als Leuchttürme der Entwicklung einer attraktiven, lebenswerten
37 und zukunftsfähigen Metropole entstehen und sich zu Wahrzeichen unserer Stadt
38 entwickeln.

- 1 • Auch für den historischen Kern unserer Stadt zwischen Alexanderplatz und Schlossplatz
2 müssen ambitionierte Stadtplanungen entwickelt werden statt den öden Ist-Zustand zu
3 bewahren. Dabei sind die bestehenden Spuren der Stadtgeschichte zu berücksichtigen.
- 4 • Die Revitalisierung und Aufwertung von Stadtteilen, die manche als „Gentrifizierung“
5 verunglimpfen, darf nicht verhindert, sondern muss zugelassen und sogar befördert werden.
6 Wir wollen eine Willkommenskultur für Zu- und Umziehende. Wir wollen Initiativen für
7 Neues ermutigen. Eine Konservierung des „Status Quo“ bringt unsere Stadt nicht voran. Aus
8 Stagnation ist noch nie Aufregendes und Neues hervorgegangen.
- 9 • Wir wollen der in einigen Bereichen unserer Stadt bestehenden Spielhallenhäufung, die auf
10 eine mangelhafte Handhabung des Baurechts in einigen Bezirken zurückzuführen ist,
11 entgegenwirken, indem wir für das Glücksspiel ein Konzessionsmodell einführen, das höhere
12 Anforderungen an Spielveranstalter und Spielstätten stellt. Gleichzeitig werden wir
13 sicherstellen, dass Jugendschutz, Suchtprävention und städtebauliche Ansehnlichkeit bei
14 einem Konzessionsmodell eingehalten werden.
- 15 • Um langfristig eine ausreichende Wohnungsversorgung für alle sicherzustellen, brauchen wir
16 vor allem Wohnungsneubau. Nur durch den Neubau von Wohnungen können eine
17 Verknappung von Wohnraum und damit verbundene Preissteigerungen vermieden werden.
18 Deshalb bedarf es weiterer Flächenausweisungen für Wohnprojekte, besonders auch im
19 Innenstadtbereich. Ebenso ist darauf zu achten, dass landeseigene Grundstücke gezielt
20 genutzt werden, um preiswerten Wohnungsbau zu ermöglichen und nicht einfach zum
21 höchsten Preis verkauft werden.
- 22 • Auch der Neubau von Eigentumswohnungen entlastet den Mietermarkt, da durch den
23 Umzug in Eigentumswohnungen Mietwohnungen frei werden. Gleichzeitig sichert
24 Wohneigentum langfristig stabile Wohnkosten. Deshalb ist unser Ziel, die Eigentumsquote
25 erhöhen. Wenn landeseigene Wohnungen verkauft werden, müssen diese zuerst den
26 Mietern zum Kauf angeboten werden.
- 27 • Kleinteilige Vergaben eröffnen mehr Chancen, Wohneigentum neu zu errichten. Das gilt auch
28 für genossenschaftliches Bauen und Baugruppen, denen wir Chancen eröffnen wollen, ihre
29 Pläne umzusetzen.
- 30 • Wir wollen preiswerteres Bauen ermöglichen, um bezahlbare Mieten auch im Neubau zu
31 erreichen. Dazu wollen wir Verordnungen entschlacken und unnötige verteuernende Auflagen
32 streichen.
- 33 • Wir wollen im Rahmen der geplanten IBA mit Architekturwettbewerben Pilotprojekte für den
34 preiswerten Bau von Mietwohnungen entwickeln und dafür die Kreativität international
35 renommierter ebenso wie junger, ortsansässiger Architekturbüros einbinden.
- 36 • Für Mieter mit niedrigem Einkommen setzen wir auf eine Subjektförderung durch Wohngeld.
37 Die direkte Förderung von Bauobjekten durch öffentliche Mittel lehnen wir ab, da dabei nur
38 ein Teil der eingesetzten Mittel tatsächlich zu Mietsenkungen führt und zu viele Mittel im
39 System versickern.

1 **Mobilität und Verkehr**

2 *Mobilität als Bürgerrecht*

3 Wir wollen Mobilität erleichtern, denn Mobilität – insbesondere individuelle Mobilität – ist auch ein
4 Freiheitsrecht. Für viele Bevölkerungsgruppen ist individuelle und barrierefreie Mobilität die
5 Voraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe, gerade für Familien, ältere Menschen, Schwangere
6 oder Menschen mit Behinderungen. Ein leistungsfähiges Verkehrssystem ist zudem wesentliche
7 Voraussetzung für die Lebensqualität der Menschen und für die wirtschaftliche Entwicklung unserer
8 Stadt.

- 9 • Wir wollen die individuelle Wahlfreiheit des Bürgers bei der Auswahl der von ihm
10 gewünschten Verkehrsmittel ermöglichen. Dies gewährleistet ein Wettbewerb der
11 Verkehrsträger untereinander. Die Nutzung einzelner Verkehrsträger wollen wir nicht
12 politisch steuern, sondern die Verkehrssysteme auf die Nachfrage der Verkehrsnutzer
13 ausrichten.
- 14 • Nur der Wettbewerb attraktiver Verkehrssysteme schafft Qualitätsverbesserungen und
15 günstige Beförderungskosten für den Nutzer.
16 Einseitigen Einschränkungen und künstlichen Belastungen von Autofahrern und
17 Motorradfahrern treten wir entgegen. Auf Hauptstraßen muss Tempo 50 gelten. Ein
18 stadtweites Tempo 30, das umweltfeindlich und wirtschaftshemmend wirkt, lehnen wir ab.
19 Auf den Hauptverkehrsstraßen soll soweit wie möglich die „Grüne Welle“ zur Verhinderung
20 von immissionsträchtigen und umweltschädlichen Behinderungen eingeführt werden.
- 21 • Die Verkehrssysteme und die Verkehrsinfrastruktur müssen wir trotz angespannter
22 Haushaltslage auskömmlich finanzieren, denn die Sicherung der Mobilität ist Voraussetzung
23 für wirtschaftliche Entfaltung und Wachstum. Insbesondere müssen in der nächsten
24 Legislaturperiode folgende wichtige Projekte realisiert werden:
 - 25 ○ Weiterbau der A100,
 - 26 ○ Schienenanbindung BBI,
 - 27 ○ Tangentialverbindung Ost (TVO).
- 28 • Wir wollen, dass die Flugrouten des künftigen Flughafens so festgesetzt werden, dass sie den
29 Berliner Süden möglichst gering belasten und gleichzeitig das geplante Verkehrsvolumen des
30 Flughafens bewältigen können. Die in den 90er Jahren vom CDU-geführten Senat gefasste
31 fehlerhafte Standortentscheidung hat die FDP seinerzeit bekämpft, sie ist jedoch heute nicht
32 mehr revidierbar.
- 33 • Die Parkraumbewirtschaftung darf nicht weiter ausgeweitet werden. Der Bau von weiteren
34 Parkhäusern entsprechend der Nachfrage soll zugelassen werden.
- 35 • Die so genannte, aber wirkungslose „Umweltzone“ muss abgeschafft werden.
- 36 • Der Öffentliche Nahverkehr muss verlässlich im Wettbewerb funktionieren: Wir wollen die S-
37 Bahn in mehrere auszuschreibende Lose aufteilen, die im Wettbewerb an leistungsfähige
38 Unternehmen vergeben werden. So bleibt Berlin ein erneutes S-Bahn-Desaster durch
39 Staatsmonopolisten erspart.

- 1 • Ebenso wollen wir U-Bahn, Straßenbahnen, Buslinien und Fährverbindungen ausschreiben.
2 Das Ziel dabei ist, bei niedrigen Kosten für den Bürger eine hohe Servicequalität (Frequenzen,
3 Sauberkeit, Sicherheit) und eine hohe Umweltfreundlichkeit zu erreichen.
- 4 • Wir wollen die Verkehrswege für Fußgänger und Radfahrer sicherer machen.
5 Unfallschwerpunkte wollen wir konsequent ermitteln und durch bauliche und technische
6 Maßnahmen entschärfen.
- 7 • Wir wollen das Radfahrnetz entsprechend den Anforderungen der Nutzer ausbauen.
8 Radfahrverbindungen sollen vorzugsweise über Straßen geringer Verkehrsdichte
9 ausgewiesen werden.
- 10 • Wir wollen den Instandhaltungsstau bei den Straßen durch ein berlinweites
11 Schlaglochprogramm auflösen. Dabei dürfen Grundstückseigentümer nicht für die
12 Straßeninstandhaltung per Straßenausbaubeitragsgesetz zur Kasse gebeten werden.
- 13 • Beim Neubau und der Reparatur von Leitplankenanlagen werden wir uns für eine
14 Ausstattung mit sogenanntem „Unterfahrschutz“ an für Zweiradfahrer gefährlichen
15 Bereichen wie Kurven und Abbiegungen einsetzen.
- 16 • Wir wollen die einzelnen Verkehrsträger stärker miteinander verknüpfen und werden zum
17 Beispiel ÖPNV-Car Sharing Projekte anregen. Park & Ride wollen wir durch zusätzliche P&R-
18 Parkplätze ausbauen und die Anzahl von Fahrradparkplätzen an Bahnhöfen deutlich erhöhen.
- 19 • Darüber hinaus wollen wir Angebote zur intelligenten Optimierung und Verknüpfung des
20 Wirtschaftsverkehrs schaffen, die helfen, die Transportleistung wirtschaftlicher und
21 umweltfreundlicher zu erbringen.
- 22 • Die Potenziale alternativer Antriebssysteme, vor allem die der Elektromobilität, wollen wir
23 nutzen. Dabei legen wir den Schwerpunkt unserer Politik auf die Bedürfnisse der Nutzer.
24 Deshalb muss eine Verknüpfung mit dem ÖPNV und mit Angeboten für innerstädtischen
25 Pendlerverkehr erfolgen, die die neuen Angebote im Wettbewerb mit anderen
26 Verkehrsträgern attraktiv macht. Alternative Antriebssysteme wollen wir auch im
27 öffentlichen Fuhrpark stärker als bisher nutzen.
- 28 • Wir werden die Initiativen des Landes Berlin zur Herstellung von Barrierefreiheit im
29 öffentlichen Raum konsequent weiterführen und ausbauen. Dabei legen wir das Augenmerk
30 nicht nur auf Mobilitätsbehinderte, sondern auch Menschen mit anderen
31 Beeinträchtigungen, vor allem Seh- und Hörbehinderte.

33 **Energiepolitik**

34 *Energieversorgung wirtschafts- und umweltfreundlich gestalten*

35 Die Energieversorgung Berlins steht vor einer Neuorientierung, die wir als einmalige Chance zur
36 Gestaltung der energetischen Zukunft Berlins nutzen wollen. Heute stehen die Entscheidungen für
37 die nächsten 40 Jahre an. Jetzt wird die Struktur der Kraftwerke und der Wärmeversorgung für Berlin
38 gestaltet, jetzt stehen die Konzessionsverträge in der Energieversorgung zur Neuverhandlung an. Wir
39 wollen ein energiewirtschaftliches Konzept entwickeln und umsetzen, das Versorgungssicherheit,
40 Wirtschaftlichkeit und Umweltfreundlichkeit der Energieversorgung erhöht und den Berliner

1 Unternehmen der Energiewirtschaft und der energetischen Dienstleistungen neue
2 Entwicklungsmöglichkeiten eröffnet:

- 3 • Wir wollen, dass in Berlin Energie verstärkt dezentral erzeugt wird. Dies verhindert
4 Netzverluste, stabilisiert die Netze, ermöglicht die Nutzung des technischen Fortschritts und
5 führt zu mehr Vielfalt und Wettbewerb.
- 6 • Um Verbrauch und Erzeugung besser abzustimmen, müssen die Netze, durch die Energie
7 verteilt wird, „intelligent“ werden („Smart grids“). Wir wollen die Einführung der dafür
8 notwendigen technischen Standards wettbewerbsfreundlich vorantreiben.
- 9 • Ebenso werden wir dazu beitragen, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass Energie in
10 größerem Umfang und effizienter gespeichert werden kann.
- 11 • Die CCS-Technologie [engl. Carbon Dioxide Capture and Storage], die das Abtrennen und das
12 dauerhafte Einlagern von Treibhausgasen ermöglicht, darf nicht verteuert, sondern muss
13 weiter erforscht und erprobt werden. Damit werden Berliner Arbeitsplätze in der
14 Energiewirtschaft erhalten und ein Beitrag zur Energiesicherheit geleistet.
- 15 • Nach dem Auslaufen der geltenden Konzessionsverträge für Fernwärme, Gas und Strom in
16 den kommenden Jahren wollen wir diese Verträge im Wettbewerb neu vergeben – für einen
17 maximalen Zeitraum von 15 Jahren. Dabei wollen wir die energiepolitischen Ziele Berlins
18 absichern.
- 19 • Wir werden sicherstellen, dass ein freier ungehinderter Zugang auch kleiner Strom- und
20 Wärmeerzeuger zu den Netzen im Wettbewerb gewährleistet wird. Auch im Fernwärmenetz
21 soll Durchleitung möglich werden. Einen Anschluss- und Benutzungszwang lehnen wir ab.
22 Statt eines solchen Zwangs soll der Verbraucher nach eigenen Kriterien das für ihn
23 wirtschaftlichste Angebot auswählen können.
- 24 • Eine eigene kommunale Strom- und Wärmeerzeugung (z.B. durch Gründung eines
25 „Stadtwerks“) lehnen wir ab. Wir brauchen im Bereich der Energieerzeugung kein
26 zusätzliches kommunales Angebot, denn in Berlin gibt es bereits über 200 Energieanbieter.
27 Aufgabe der Politik ist es, dem Bürger durch einen geregelten Wettbewerb eine Auswahl aus
28 verschiedenen Angeboten zu ermöglichen.
- 29 • In Abstimmung mit dem Energiekonzept der Bundesregierung werden wir auch im Land
30 Berlin dazu beitragen, den Wärmeenergieverbrauch zu senken. Dazu wollen wir die
31 energetische Sanierung von Gebäuden dort gezielt anstoßen, wo sie sich wirtschaftlich
32 rechnet. Dazu brauchen wir jedoch keine finanziellen Zuschüsse des Landes Berlin, sondern
33 bessere Information, vorbildhafte Sanierung landeseigener Gebäude und ggf. die Gewährung
34 von Landesbürgschaften.
- 35 • Die hohen energetischen Standards für Neubauten (EnEV 2009) auch direkt auf Altbauten zu
36 übertragen (wie im sogenannten „Klimaschutzgesetz“ von Rot-Rot vorgesehen), lehnen wir
37 ab, da dies technisch kaum umsetzbar und extrem unwirtschaftlich wäre. Klimaschutz und
38 Ressourceneinsparung müssen dort stattfinden, wo sie am wirtschaftlichsten durchführbar
39 sind.

1 **Haushalt und Finanzen**

2 *Solider und zukunftsfähiger Haushalt – ein Beitrag zur* 3 *Generationengerechtigkeit*

4 Sparsame Haushaltsführung ist für die FDP ein Gebot der Generationengerechtigkeit. Die
5 Handlungsspielräume kommender Generationen dürfen nicht immer weiter eingeschränkt werden.

6 In Berlin sind nur die Hälfte der öffentlichen Ausgaben durch eigene Einnahmen gedeckt. 2,5
7 Milliarden EUR unserer jährlichen Ausgaben von etwa 21 Milliarden EUR müssen wir nur für
8 Zinszahlungen aufbringen. Der Schuldenstand von über 63 Milliarden EUR steigt jährlich. Ein „Weiter
9 so!“ kann und darf es nicht geben. Berlin wird auch in den nächsten Jahren auf Zahlungen des
10 Bundes und der übrigen Länder angewiesen sein. Daher ist es wichtig, dass Berlin sich auf der
11 Ausgabenseite zumindest an der Kostenstruktur der übrigen Länder misst. Andernfalls wird die
12 Solidarität mit unserer Stadt immer weiter abnehmen.

13 Die FDP fordert seit Jahren, alle Ausgaben des Landes und der Bezirke auf den Prüfstand zu stellen.
14 Das Einhalten der im Grundgesetz verankerten Schuldenbremse, die einen ausgeglichenen Haushalt
15 ab 2020 vorschreibt, ist für uns eine Selbstverständlichkeit. Wir wollen schon in der nächsten
16 Legislaturperiode einen ausgeglichenen Haushalt vorlegen und mit dem Abbau von Schulden
17 beginnen. Wir wissen: Schuldentilgung ist kein Selbstzweck, sondern unbedingte Voraussetzung für
18 die Zukunftsfähigkeit unserer Stadt. Nur so kann das, was wir alle an Berlin schätzen, wie ein gut
19 ausgebautes ÖPNV-System, eine umfangreiche Kinderbetreuung und soziale Balance auch in Zukunft
20 bewahrt werden.

- 21 • Eine Sanierung des Berliner Haushalts durch immer neue Erhöhungen von Abgaben und
22 Steuern lehnt die FDP ab. Die Einnahmen des Landes wollen wir durch kontinuierliches
23 Wachstum der Berliner Wirtschaft und mehr Beschäftigung steigern. Schon jetzt profitiert
24 Berlin von dem durch liberale Wirtschaftspolitik begünstigten bundesweiten wirtschaftlichen
25 Aufschwung. Berlin benötigt dauerhaft höhere Wachstumsquoten, um den Rückstand in der
26 Wirtschaftskraft wett zu machen.
- 27 • Wir werden die Berliner Verwaltung schlanker machen, unnötige Aufgaben beenden und
28 Doppelstrukturen abbauen. Den Personalbestand wollen wir auf das Niveau anderer
29 Stadtstaaten einstellen und damit um circa 10% auf unter 93.000 Vollzeitstellen reduzieren.
- 30 • Sämtliche Ausgaben Berlins sind auf ihre tatsächliche Effizienz hin zu untersuchen; wird der
31 mit dem Mitteleinsatz beabsichtigte Zweck nicht erreicht, sind die Ausgaben einzustellen,
32 dies gilt besonders im Bereich der Sozial-, Arbeits- und Gesundheitsverwaltung.
- 33 • Zuwendungen an Dritte sind zukünftig nur noch dann auszugeben, wenn für die Vorjahre der
34 Mitteleinsatz evaluiert und geprüft worden ist.
- 35 • Betrug, Steuerhinterziehung, Schwarzarbeit und Leistungerschleichung werden wir stärker
36 und konsequenter bekämpfen. Der Ehrliche darf nicht der Dumme sein!
- 37 • Wir wollen Vermögen aus Beteiligungen zur Schuldentilgung aktivieren, hierfür sind alle
38 Landesbeteiligungen kritisch zu hinterfragen.

- 1 • Wir wollen die ständige Verschwendung, die der Berliner Landesrechnungshof jedes Jahr neu
2 und in erheblichem Umfang bemängelt, abstellen.
- 3 • Allein im laufenden Doppelhaushalt 2010/11 hat die Berliner FDP-Fraktion im Detail
4 nachgewiesen, dass ohne wesentliche Einbußen in der Qualität der Leistungen für die Bürger
5 jährlich rund 400 Mio. EUR eingespart werden können.
- 6 • Wir werden durch eine Einkaufsstelle des Landes die Beschaffungen bündeln, professionell
7 ausschreiben, die Einkaufsabläufe und das Lieferantenmanagement verbessern und so 10%
8 der Einkaufskosten von derzeit 5 Mrd. Euro sparen.
- 9 • Wir schaffen die teuren und ideologisch geprägten Beschäftigungsprogramme ab. Allein beim
10 sogenannten öffentlich-geförderten Beschäftigungssektor (ÖBS) lassen sich so über 60
11 Millionen Euro an Landesmitteln jährlich sparen.
- 12 • Darüber hinaus wollen wir rot-rote Symbol-Projekte, bei denen zwar EU- oder Bundesmittel
13 fließen, aber zusätzlich Landesmittel zugeschossen werden müssen, auf ihren Nutzen
14 prüfen. Hierbei sind Einsparungen an Landesmitteln im zweistelligen Millionenbereich
15 möglich.
- 16 • Das Forderungsmanagement ist in Berlin zu verbessern. Forderungen im dreistelligen
17 Millionenbereich wollen wir durch eine zentrale Forderungsstelle und die Einbeziehung der
18 Erfahrungen externer Dienstleister für Berlin sichern.
- 19 • Weitere konkrete Einsparungen ergeben sich u.a. durch Streichung der Sonderförderung des
20 rot-roten Einheitsschulmodells und der Einstein-Stiftung, die ihren Stiftungszweck nicht
21 erfüllt hat, sowie durch Übertragung von Logistik und Fahrdiensten auf private
22 Unternehmen.
23

1 **Öffentlicher Dienst, Personalentwicklung und Bezahlung**

2 *Schlank, leistungsfähig, hochmotiviert*

3 Wir wollen, dass die Berliner sich auf eine schnelle und gute Berliner Verwaltung verlassen können.
4 Daher bekennen wir uns zu einem schlanken, leistungsfähigen, hoch motivierten und gut bezahlten
5 öffentlichen Dienst. Nur so können wir den öffentlichen Dienst leistungsfähig machen, ohne die
6 Landeskasse und damit den Steuerzahler und kommende Generationen unnötig zu belasten.

- 7 • Wir wollen den Personalbedarf der Landesverwaltung durch eine bessere technische
8 Ausstattung, Bürokratieabbau, Ablaufoptimierung und vor allem die Verkleinerung des
9 Aufgabenkatalogs auf hoheitliche Kernaufgaben auf unter 93.000 Vollzeit-Stellen senken.
10 Begleitend werden wir den Personalbestand anpassen.
- 11 • Statt der bisherigen Mangelverwaltung und dem „Sparen mit dem Rasenmäher“ der letzten
12 Jahrzehnte werden wir den Beschäftigten des Landes damit eine klare Zukunftsperspektive
13 mit leistungsgerechter Bezahlung bieten können.
- 14 • Wir werden die Bezahlung der Beschäftigten schrittweise wieder an den Bundesdurchschnitt
15 heranführen, damit wir im Wettbewerb um die besten Köpfe mit den Bundesbehörden und
16 den anderen Bundesländern bestehen. Auf diese Weise werden wir auch das Entgelt für
17 Berliner Lehrerinnen und Lehrer attraktiv gestalten können, ohne zur Verbeamtung mit all
18 ihren hohen zukünftigen Versorgungslasten zurückzukehren.
- 19 • Wir wollen, dass Leistung sich auch in der Berliner Verwaltung lohnt. Darum wollen wir
20 Leistungsträgern in Zukunft Leistungsprämien zahlen.

1 **Verwaltungsreform**

2 *Bürgerfreundlich, Unternehmerfreundlich und effizient*

3 Nur mit einer grundlegenden Reform seiner Verwaltung wird sich Berlin dynamisch als Kern einer
4 zukunftsfähigen Metropolregion entwickeln können. Verwaltung ist ausschließlich für das Wohl der
5 Bürger und Unternehmen da. Um dies zu erkennen, bedarf es eines grundlegenden
6 Mentalitätswechsels in der Verwaltung hin zu einer Dienstleistungsorientierung.

- 7 • Wir wollen dem einzelnen Verwaltungsmitarbeiter dafür größere persönliche
8 Verantwortungsbereiche übertragen und leistungsbezogene Anreize für ein
9 bürgerfreundliches Handeln setzen. Dabei soll auch der Grundsatz „Keine Verantwortung
10 ohne ausreichende Kompetenz und Budgethoheit“ gelten.
- 11 • Wir wollen, dass Bürger und Unternehmen schnell qualitativ hochwertige und
12 serviceorientierte Dienstleistungen erhalten. Die Verwaltung muss sich künftig in erster Linie
13 an ihrer Wirkung als Dienstleister messen lassen (Outputorientierung).
- 14 • Zuvorderst steht die Aufgabenkritik. Was gar nicht gemacht werden muss, muss auch nicht
15 organisiert werden. Wir wollen deshalb alle Verwaltungsaufgaben kritisch auf eine mögliche
16 Streichung überprüfen und ein von vornherein festgelegtes Verfallsdatum für Gesetze und
17 Verordnungen einführen.
- 18 • Verwaltungsverfahren werden wir weitgehend beschleunigen und vereinfachen. Durch ein
19 Wirksamkeitscontrolling werden wir die Ergebnisse der Verwaltung und der Nutzen der dafür
20 erforderlichen Ausgaben regelmäßig nach vorgegebenen Kriterien messen und bewerten.
- 21 • Wir werden möglichst viele Genehmigungsverfahren in Anzeigeverfahren umwandeln.
22 Ausnahmen, also die Beibehaltung der Genehmigungspflicht, bedürfen einer Begründung.
23 Für alle Genehmigungs- und Verwaltungsverfahren ist eine Genehmigungsfiktion
24 einzuführen. Wenn innerhalb einer festgesetzten Frist kein Bescheid erfolgt, gilt die
25 Genehmigung automatisch als erteilt.
- 26 • Wir wollen, dass Bürger und Unternehmen sich für alle Anliegen an eine einzige Anlaufstelle
27 wenden können. Der Bürger braucht nicht zu wissen, welche Verwaltung im Hintergrund die
28 Arbeit leistet. Für die Anlaufstellen wollen wir viele Wege eröffnen: Bürgerämter, zentrale
29 Einwahlnummern (zum Beispiel „115“) und vor allem auch das Internet.
- 30 • Berlin soll zum Vorreiter für elektronische Angebote der Verwaltung (eGovernment) werden.
31 Möglichst viele Anliegen sollen Bürger auch über das Internet erledigen können.
- 32 • Wir wollen einheitliche Standards für die Informations- und Kommunikationstechnik des
33 Landes und der Bezirke einführen. Die zersplitterte IT-Landschaft in Berlin ist ineffizient und
34 teuer.
- 35 • Über die einheitliche Vorgabe offener Standards für Kommunikationsschnittstellen der
36 Berliner Verwaltung (zwischen Behörden sowie zu Bürgern und Unternehmen) wollen wir
37 gleichzeitig die Effizienz der Kommunikation erhöhen und den Wettbewerb verschiedener
38 Lösungen fördern. Dies stärkt Innovationen und vermeidet Abhängigkeiten von einzelnen
39 Anbietern.

- 1 • Die Verschränkung und Doppelung von Aufgaben macht die Berliner Verwaltung schwerfällig
2 und bürokratisch. Unser Ziel ist die einstufige Verwaltung, d.h. die abschließende Erbringung
3 von Leistung entweder auf Landes- oder Bezirksebene. Die Kompetenzabgrenzung zwischen
4 Land und Bezirken ist dafür eindeutig zu lösen. Klare Zuständigkeits- und
5 Verantwortungsabgrenzungen müssen auch zwischen einzelnen Senatsverwaltungen
6 geschaffen werden.
- 7 • Themen, die eindeutig gesamtstädtischen Charakter haben sind in einem Aufgabenkatalog
8 aufzulisten und in gesamtstädtischer Zuständigkeit zu konzentrieren. Dazu gehören zum
9 Beispiel großflächige Planungen, übergreifende Verkehrsstruktur und Wirtschaftsförderung.
10 Darüber hinaus gehende fachliche Eingriffsrechte der Senatsverwaltungen und ad-hoc-
11 Koordinationsgremien wie das „Forum City West“ wollen wir auflösen. Auch den Rat der
12 Bürgermeister, der sich zu einem landespolitischen Entscheidungs- oder vielmehr
13 Verhinderungsgremium verselbstständigt hat, wollen wir abschaffen.
- 14 • Die Bezirke sollen durch das Bezirksamt und die Bezirksverordnetenversammlungen für die
15 ihnen zugewiesenen Aufgaben abschließende Entscheidungen treffen können. Auf diese
16 Weise werden auch deutlich mehr bezirkliche Bürgerentscheide verbindlich als bisher, da
17 sich diese nur auf Entscheidungskompetenzen der Bezirke beziehen können.
- 18 • Wir fordern weiterhin das Politische Bezirksamt. Nur so können Verantwortlichkeiten
19 transparent zugeordnet, die Bezirksverordnetenversammlungen gegenüber den
20 Bezirksamtären gestärkt und der Wählerwille durch Bildung politischer Mehrheiten in
21 politisches Handeln umgesetzt werden.
- 22 • Tätigkeiten, die nicht der politischen Steuerung, sondern der bloßen Durchführung von
23 Aufgaben dienen (z.B. Immobilienverwaltung, Grünflächenpflege, IT-Betrieb), wollen wir zur
24 Erhöhung der Effizienz über mehrere Bezirke bündeln. Die Bezirke sollen diese Aufgaben
25 eigenverantwortlich an private Betreiber, eine Landesgesellschaft oder eine von mehreren
26 Bezirken betriebene Gesellschaft vergeben können.

1 Inneres und Sicherheit

2 *Sicherheit und Freiheit in Balance*

3 Die Achtung der Werte unserer Verfassung, der Schutz der grundgesetzlich garantierten
4 Freiheitsrechte, die Bewahrung unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung sind die Basis
5 einer freien und friedlichen Gesellschaft. Die Innenpolitik hat daher eine zentrale Bedeutung für die
6 Bürgerrechtspartei FDP. Aufgabe des Staates ist es, die Menschen davor zu schützen, dass ihre
7 Rechte verletzt werden.

8 Wir wollen keine Gesellschaft, in der Menschen, die sich an Recht und Gesetz halten, keine
9 Privatsphäre mehr haben, weil der Staat jedem mit Misstrauen begegnet. Im Gegenteil: Jeder, der
10 sich nichts zu Schulden kommen lässt, hat Anspruch darauf, vom Staat in Ruhe gelassen zu werden.

11 Darum wollen wir Sicherheitsgesetze, die einen effektiven Schutz vor Verbrechen bieten. Allerdings
12 darf der Sicherheitsgedanke nicht so weit führen, dass die Grundrechte aller von vornherein oder auf
13 Vorrat eingeschränkt werden und Eingriffe sich nicht mehr an der Abwehr konkreter Gefahren
14 orientieren. Jede Regelung muss das Ergebnis einer Abwägung zwischen dem potentiellen Gewinn an
15 Sicherheit und dem damit einhergehenden Verlust an Freiheit sein. Absolute Sicherheit kann es in
16 einem freiheitlichen Staat nicht geben. Ein Staat, der auf die Freiheit setzt, kann nicht mit Mitteln
17 eines Überwachungsstaats agieren, ohne dabei genau das aufzugeben, das er verteidigen möchte:
18 die Grundrechte und die Freiheit der Menschen. Für Liberale gilt bei der Abwägung zwischen
19 Sicherheit und Freiheit: Im Zweifel für die Freiheit!

20 Extremismus

21 Die FDP verurteilt jede Art von Extremismus und ideologische Intoleranz, egal, ob von „links“,
22 „rechts“ oder aus „religiösen“ Gründen. Kein Extremist darf einem Bürger diktieren, in welchem
23 Bezirk er wohnen, Eigentum erwerben oder welche Automarke er fahren darf.

- 24 • Linksextremistische Tendenzen wollen wir daher ebenso wie beim Rechts- und religiösem
25 Extremismus frühzeitig gesellschaftlich bekämpfen.
- 26 • Die Polizei muss in die Lage versetzt werden, Kfz-Brandstiftungen und andere extremistische
27 Delikte verstärkt zu verfolgen. Wir werden die Beweissicherung auch bei Gewalttaten
28 anlässlich von Großlagen wie zum Beispiel dem 1. Mai sicherstellen.
- 29 • Mit der Aufklärung über die Gefahren des Extremismus wollen wir schon bei Kindern und
30 Jugendlichen ansetzen. Diese Inhalte müssen daher früh Gegenstand der schulischen Bildung
31 werden.

32 Polizei

33 Berlin braucht eine moderne bürgernahe Großstadtpolizei. Die Polizei muss mehr Präsenz auf der
34 Straße zeigen können, um wieder anerkannter Ansprechpartner für die Bürger („Freund und Helfer“)
35 zu werden.

- Wir werden die Polizei durch Anhebung des Personalbestands um 300 auf 16.160 Polizeivollzugsbeamte und durch moderne Einsatzausstattung in die Lage versetzen, ihre Präventionsanstrengungen zu verstärken.
- Das staatliche Gewaltmonopol muss von allen Gesellschaftsgruppen anerkannt und respektiert werden. Parallelgesellschaften mit eigener Gewaltausübung werden wir nicht tolerieren.
- Orte unverhüllter Kriminalität darf es nicht länger geben. Wir werden solche Orte zu Schwerpunkten des polizeilichen Handelns machen.
- Wir werden die Polizei von den nicht zwingend hoheitlichen Aufgaben befreien, z.B. von der Aufnahme von Bagatellunfällen und unnötiger Bürokratie.
- Wir wollen, dass die Bürger mit dem Kontaktbereichsbeamten wieder flächendeckend nicht nur auf dem Papier, sondern tatsächlich einen polizeilichen Ansprechpartner erhalten.

Feuerwehr und Rettungsdienste

Wir werden gewährleisten, dass die Berliner Rettungsdienste künftig die vorgegebenen Eintreffzeiten bei der Lebensrettung in allen Berliner Bezirken einhalten.

- Echte Notfälle müssen gegenüber Bagatellen vorrangig behandelt werden. Dazu werden wir die Notrufbearbeitung priorisieren und optimieren, um dem anwachsenden Bedarf im Bereich der Notfallrettung gerecht zu werden.
- Krankentransportaufgaben und Rettungsdienste mit niedriger Priorität werden wir verstärkt durch Private erledigen lassen, um die Versicherten finanziell zu entlasten und das Leistungsniveau bei wichtigen Notfällen zu steigern.

Bürgerrechte

Bürgerrechte und deren Wahrung sind zentraler Teil liberaler Politik. Die Freiheit des Einzelnen hat grundsätzlich Vorrang gegenüber staatlicher Regulierung. Politische Zielvorstellungen werden wir nicht durch Verbote ohne Nachweis einer Geeignetheit der Maßnahme durchsetzen, sondern durch intelligente Rahmensetzungen und Anreizmechanismen, die dem mündigen Bürger Spielraum für eigenverantwortliche Entscheidungen einräumen.

- Wir stellen uns gegen eine Politik, die Problemlösungen schnell in Verboten und schärferen Gesetzen erblickt. Eingriffe in Grundrechte kommen für uns nur dann in Betracht, wenn die Eignung einer Maßnahme tatsächlich erwiesen ist und auf wirksame mildere Mittel nicht ernsthaft zurückgegriffen werden kann.
- Wir wollen, dass jeder unbescholtene Bürger sich unbeobachtet im öffentlichen Raum bewegen kann. Eine diesbezügliche verdachts- und anlassunabhängige Überwachung lehnen wir daher ab. Videoaufnahmen im öffentlichen Raum dürfen daher nur bei konkretem Verdacht einer Straftat dauerhaft gespeichert werden, zum Beispiel über einen Notfallknopf, der nur die relevanten Aufnahmen der letzten Stunden sichert (Quick-Freeze-Verfahren). Eine Vorratsdatenspeicherung lehnen wir ab.
- Liberale Politik tritt für den Grundrechtsschutz ein. Erhebliche Eingriffe dürfen nur nach vorheriger Zustimmung durch einen Richter erfolgen. Eilmaßnahmen müssen die Ausnahme bleiben.

- Der Richtervorbehalt darf nicht durch die Annahme von Gefahr im Verzug de facto umgangen werden. Wir setzen uns gegen eine Lockerung des Richtervorbehalts ein und wollen die praktische Einhaltung des Richtervorbehalts ebenso wie die tatsächliche Durchführung einer richterlichen Prüfung durch eine rechtswissenschaftliche Forschungseinrichtung untersuchen lassen.

Datenschutz

Ein wirksamer Datenschutz ist Voraussetzung für die Wahrung des Rechts auf informationelle Selbstbestimmung der Bürger. Dabei ist der Grundsatz der „Datensparsamkeit“ oberstes Gebot: Daten, die gar nicht erst erhoben werden, können auch nicht missbraucht werden.

- Für den Bürger muss erkennbar sein, welche Daten erhoben und wie diese genutzt und ggf. verbreitet werden. Daher wollen wir die Auskunftsansprüche zu gespeicherten eigenen Daten stärken, vor allem über das Internet. Die Auskunft soll grundsätzlich kostenlos erfolgen.
- In öffentlichen Stellen müssen Zugriffsrechte auf gespeicherte Daten auf die für die jeweilige Aufgabe notwendige Datenmenge beschränkt werden. Um das zu gewährleisten, ist der Berliner Beauftragte für Datenschutz frühzeitiger in Gesetzgebungsverfahren einzubeziehen, was wir gesetzlich absichern werden.
- Medienkompetenz wollen wir bereits in der Schule vermitteln, so dass Kinder und Jugendliche mögliche Konsequenzen freiwillig verbreiteter Daten selbst einschätzen können.
- Ebenso lehnen wir das systematische automatisierte Erfassen von Fahrzeugkennzeichen ab, da dadurch ein Generalverdacht gegenüber allen Verkehrsteilnehmern zum Ausdruck gebracht wird.
- Dem missbräuchlichen Erheben, Nutzen oder Verbreiten von Daten werden wir durch wirksame Sanktionen entgegenzutreten. Wir werden uns dafür einsetzen, dass auch bei einer erlittenen immateriellen Schädigung ein zivilrechtlicher Mindestschadensersatzanspruch geltend gemacht werden kann.
- Die informationelle Selbstbestimmung über Daten im Melderegister werden wir neu regeln und dem Bürger wesentlich weitergehende Abwehrrechte einräumen. Jeder soll einer Herausgabe seiner Daten an Dritte widersprechen können, sofern diese kein berechtigtes Interesse geltend machen. Eine Orientierung an kommerziellen Interessen lehnen wir ab.

Filz- und Korruptionsbekämpfung

Korruption und Filz in der Berliner Politik und Verwaltung werden wir einen Riegel vorschieben.

- Die in Berlin leider immer noch übliche Versorgung ehemaliger politischer Entscheidungsträger als teuer bezahlte Geschäftsführer von Landesunternehmen werden wir durch Privatisierung dieser Betriebe unterbinden.
- Die Günstlingswirtschaft in Landesbetrieben bei der Auftragsvergabe an politisch gewogene Auftragnehmer (wie zum Beispiel im Howoge-Skandal der SPD) werden wir abstellen.
- Landesunternehmen und Verwaltung müssen Auftragsvergaben nach wirtschaftlichen Kriterien vornehmen, nicht nach Parteibuch. Indem wir diese Filz-Wirtschaft zu Gunsten

weniger Genossen beenden, können wir alle Steuerzahler entlasten und fairen Wettbewerb sicherstellen.

Direkte Demokratie und Wahlrecht

Wir setzen uns dafür ein, dass die direkte Teilhabe der Bürger an wichtigen Entscheidungen für unsere Stadt gestärkt wird. Wir wollen deshalb die direkte Demokratie weiter ausbauen.

- die Bürger sollen bei wichtigen großen Vorhaben berlinweiter Bedeutung (v.a Infrastrukturvorhaben) frühzeitig ausführlich über Alternativen informiert und ihnen Gelegenheit zur öffentlichen Diskussion gegeben werden. Dadurch wird die Legitimation von Entscheidungen erhöht und die Verfahren werden verkürzt.
- Abstimmungstermine von Volks- und Bürgerentscheiden müssen nach dem Interesse der Bürger und nicht nach Gutdünken des Senats bestimmt werden. Sie sollen auf maximal drei im Voraus definierte Abstimmungstermine pro Jahr konzentriert und möglichst mit Wahlterminen verbunden werden.
- Wir wollen die Voraussetzungen dafür schaffen, dass Bürgerentscheide in den Bezirken in Zukunft verbindlich sind. Derzeit haben die meisten Bürgerentscheide nur empfehlenden Charakter.
- Das Wahlrecht ist ein Bürgerrecht. Wir werden den Wählern beim Wahlvorgang mehr Einfluss auf die Listenreihenfolge der Kandidaten einräumen und ihnen ermöglichen, mit ihrer Stimme nicht nur Parteien, sondern auch einzelne Bewerber auszuwählen und so die Parteilisten zu verändern. Wir bleiben die einzige Partei in Berlin, die sowohl auf Bezirks- als auch auf Landesebene das so genannte „Kumulieren“ (Gewichtung von Kandidaten) und „Panaschieren“ (Aufteilung der Stimmen auf mehrere Parteien) einführen will.

Justiz

Rechtsstaat verteidigen, schnell und wirksam intervenieren

Die Gewährleistung des mit unserer demokratischen Ordnung untrennbar verbundenen freiheitlichen Rechtsstaats steht im Mittelpunkt unserer Rechtspolitik. Grundlegende Voraussetzung ist eine funktionierende Justiz mit qualifiziertem Personal, die schnellen und effektiven Rechtsschutz gewährleistet. Bei der Strafverfolgung werden wir uns dafür stark machen, dass gezielte Eingriffe Vorrang haben vor flächendeckenden Maßnahmen, die viele Unbeteiligte in ihren Grundrechten belasten.

Gerichte/Staatsanwaltschaft

Wir wollen den Rechtsstandort Berlin stärken. Daher werden wir die organisatorischen und personellen Rahmenbedingungen verbessern, um zukünftig mehr Streitigkeiten mit fliegendem Gerichtsstand und hohen Streitwerten (z. B. im Bereich des gewerblichen Rechtsschutzes) nach Berlin zu holen.

- Um effektiven Rechtsschutz zu gewähren, müssen die Verfahrensdauern auf ein erträgliches Maß verringert werden. Wir werden daher unbesetzte Stellen bei der Staatsanwaltschaft nicht mehr akzeptieren und die Gerichte mit einer ausreichenden Anzahl an Richterstellen

ausstatten. Überdies werden wir uns dafür einsetzen, dass nicht ausgelasteten Richtern für einen Zeitabschnitt ein zusätzliches Teilzeitrichteramt an anderen stark ausgelasteten Gerichten übertragen werden kann.

- Die Modernisierung der Justiz wollen wir fortführen. Hierzu gehört die elektronische Aktenführung ebenso wie ein verbesserter Onlineauftritt, ein vereinfachter elektronischer Rechtsverkehr für Bürger und Anwaltschaft, eine verbesserte Erreichbarkeit von Richtern für Verfahrensbeteiligte sowie eine verbesserte Arbeitsorganisation zwischen Richtern, Staatsanwälten und ihren Geschäftsstellen.
- Bei neuen EDV-Systemen werden wir auf länderübergreifende Lösungen setzen, um Risiken und Kosten zu minimieren und möglichst hohe Kompatibilität zu erreichen.
- Mittels juristischer Schulung und Fortbildung der Jobcentermitarbeiter werden wir dazu beitragen, die Fehlerquote der ALG-II-Bescheide verringern, die das Berliner Sozialgericht stark belasten.

Kinder- und Jugendkriminalität

Viele Ersttaten werden bereits im kindlichen Alter begangen. Nur durch eine frühzeitige und entschiedene Intervention können für das Kind negative Tendenzen festgestellt und durch ein familienunterstützendes Eingreifen frühzeitig gestoppt werden. So können wir „kriminelle Karrieren“ schon im Keim beenden.

- Wir werden dafür sorgen, dass jugendliche Ersttäter innerhalb eines Monats – zusammen mit den Erziehungsberechtigten – bei der Staatsanwaltschaft vorgeladen werden. Ziel dieses Termins ist, dem Jugendlichen staatlicherseits eine „gelbe Karte“ zu zeigen und ihm das Unrecht der Tat sowie die möglichen Konsequenzen drastisch vor Augen zu führen. Bei einem kooperativen Verhalten und Erfüllen der Auflagen (z. B. einer gemeinnützigen Arbeit) soll von der Anklageerhebung Abstand genommen werden. Zeigt der Betroffene keine Einsicht oder verweigert er sich erzieherischen Maßnahmen, soll sofort Anklage zum Jugendrichter erhoben werden.
- Wir werden uns dafür einsetzen, dass ein „Warnschuss“-Arrest, ein kurzer Arrest neben einer Jugendstrafe zur Bewährung, eingeführt wird. Damit wird ein flexibles Instrument unterhalb der längerfristigen Haft zur Verfügung stehen, das in geeigneten Fällen dem Jugendlichen die Konsequenzen einer Haftstrafe aufzeigt, ohne ihn tatsächlich längerfristig aus dem Alltag herauszulösen.
- Wir treten für die konsequente Anwendung des Erwachsenenstrafrechts auf Heranwachsende (18- bis 21jährige) als Regelfall ein, die momentan eher die Ausnahme darstellt.
- Wir werden ein datenschutzgerechtes Frühwarnsystem für auffällige Kinder und Jugendliche unter Mitwirkung von Schulen, Jugendämtern, Polizei, Justiz und weiteren betroffenen Einrichtungen aufbauen. Dies soll es vor allem dem zuständigen Jugendamt ermöglichen, problematisches Verhalten von Kindern und Jugendlichen schnell zu erkennen und frühzeitig die erforderlichen Maßnahmen einzuleiten.
- Wir werden die von Jugendämtern, Strafverfolgungsorganen und Gerichten beauftragten und von verschiedenen Trägern durchgeführten Maßnahmen nach dem Kinder- und

Jugendhilferecht sowie dem Jugendgerichtsgesetz (z. B. soziale Trainingskurse, Anti-Gewalt-Kurse, etc.) evaluieren lassen. Künftig müssen für jede Maßnahme deren Wirksamkeit und die Nachhaltigkeit des erzielten Erfolges in jedem Einzelfall erfasst und nachgewiesen werden. Projekte und Maßnahmen, die keinen entsprechenden Nachweis erbringen können, werden wir beenden und nicht mehr weiter finanzieren.

- Um Defizite im System des Kinder- und Jugendhilfeschutzes zu erkennen und steuernde Maßnahmen ergreifen zu können, werden wir zukünftig statistisch erfassen lassen, welche Interventionsmaßnahmen (z. B. Gebote, Verbote, Entziehung des Sorgerecht, Unterbringung in einer geschlossenen Einrichtung der Jugendhilfe) von Jugendämtern und Familiengerichten angeregt, beantragt und angeordnet worden sind. Gegenwärtig weigern sich Senat und rot-rote Koalition, die notwendigen Zahlen zu erheben.
- Eine Absenkung des Strafmündigkeitsalters von 14 Jahren halten wir derzeit nicht für erforderlich, da bereits heute im Kinder- und Jugendhilferecht ein breites Spektrum an Maßnahmen zur Verfügung steht, um auf Kinderkriminalität zu reagieren. Wir werden aber die Jugendämter dazu anhalten, von den bestehenden Möglichkeiten endlich konsequent Gebrauch zu machen.
- Wir wollen unter anderem auch geschlossene Einrichtungen vorhalten, in denen kriminelle Kinder in besonders schwerwiegenden Einzelfällen untergebracht werden können, um eine Gefährdung der Allgemeinheit oder eine Beeinträchtigung des Sozialisierungsprozesses auszuschließen.
- Wir streben an, die Verfahrenszeiten für jugendlichen Straftäter weiter zu verkürzen und endlich zu erreichen, dass die Strafe der Tat auf dem Fuß folgt. Darum werden wir die Anzahl der Jugendrichter beibehalten, selbst wenn aufgrund des erhöhten Verfolgungsdrucks im Bereich der Jugendkriminalität die gerichtlichen Eingangszahlen zurückgehen sollten.

Strafvollzug

Nur ein verfassungsgemäßer und menschenwürdiger Strafvollzug gewährleistet eine wirksame Resozialisierung von Straftätern.

- Zum Schutz der Bürgerinnen und Bürger vor Entweichung von Straftätern werden wir in den einzelnen Justizvollzugsanstalten diejenigen Bereiche identifizieren, in denen eine personelle Unterausstattung besteht. Diese Bereiche wollen wir mit der notwendigen Anzahl an Mitarbeitern ausstatten.
- Wir werden die Berliner Justizvollzugsanstalten mit Drogenspürhunden ausstatten, um den Drogenschmuggel zu verringern und das Aufspüren von Drogen innerhalb der Anstalten und der Haftzellen zu erleichtern.
- Für möglichst viele ausländische Strafgefangene, die nach der Strafverbüßung ohnehin nicht in Deutschland bleiben, wollen wir eine Strafverbüßung im Heimatland erreichen.
- Die menschenunwürdigen Umstände, unter denen immer noch einzelne Gefangene in Berliner Gefängnissen untergebracht sind, werden wir unverzüglich beenden. Dabei setzen wir für einen Übergangszeitraum auf die Bildung von Vollzugsgemeinschaften mit anderen Bundesländern.

- 1 • Berliner Gefängnisse werden wir mit Handystörsendern ausstatten, um ungeprüfte Kontakte
- 2 und Verabredungen mit Außenstehenden zu unterbinden.
- 3 • In der neuen Justizvollzugsanstalt Heidering bei Großbeeren werden wir möglichst viele
- 4 Aufgaben durch Private und freie Träger erfüllen lassen. Hoheitliche Kernaufgaben im
- 5 Strafvollzug werden allerdings auch weiterhin nur durch Vollzugsbeamte erfüllt werden.

6 **Opferschutz**

7 Im Strafprozess darf nicht nur der Täter im Mittelpunkt stehen, auch sein Opfer muss
8 Aufmerksamkeit erfahren.

- 9 • Wir wollen die stärkere Anwendung des sogenannten Adhäsionsverfahrens, der Verbindung
- 10 von Straf- und Zivilprozess, durch Fortbildung der Richter und Staatsanwälte fördern. So kann
- 11 dem Opfer schon im Strafprozess ein Schadensersatzanspruch zuerkannt werden – ohne ein
- 12 weiteres langwieriges Verfahren vor den Zivilgerichten.
- 13 • Wir fordern die Einrichtung von Anlaufstellen für Opfer linker Gewalt, wie dies bislang nur für
- 14 Opfer von rechter Gewalt der Fall ist.
- 15 • Auch Opfern, die als Zeugen von Verbrechen traumatisiert werden, muss staatliche
- 16 Betreuung zuteilwerden.

Umweltpolitik

Ziel unserer Umweltpolitik ist es, die Lebensqualität in Berlin zu erhöhen und die Natur zu schützen. Um unsere Umweltziele zu erreichen, werden wir uns auf die wirksamsten und wirtschaftlichsten Maßnahmen konzentrieren. Kurzfristigen Aktionismus und Maßnahmen, deren Wirksamkeit nicht belegt ist, lehnen wir ab.

- Es ist erforderlich, dass wir Berlin auf die möglichen Folgen des Klimawandels vorbereiten. Wir werden daher Klimaschneisen planerisch sichern, so dass eine Durchlüftung der Stadt hinreichend gewährleistet ist. Das gilt besonders für die künftige Nutzung des Geländes des ehemaligen Flughafens Tempelhof und des Flughafens Tegel. Bei der Stadtentwicklungsplanung werden wir Bauformen befördern, die für künftige klimatische Bedingungen besonders geeignet sind.
- Das Grün in der Stadt wollen wir weiter ausbauen, grüne Nischen in der Stadt sichern sowie den Straßenbaumbestand erhalten.
- Zur Bekämpfung der Feinstaubbelastung wollen wir Büsche in den Straßen pflanzen, die den Feinstaub binden. Dies ist weit sinnvoller als die wirkungslose so genannte „Umweltzone“.
- Wir wollen die Vielfalt der in Berlin beheimateten Tier- und Pflanzenarten (Biodiversität) sichern und dazu bestehende Lebensräume von Artengemeinschaften erhalten, stabilisieren und vernetzen. Dazu wollen wir auch den in Berlin bestehenden Biotopverbund abrunden und sichern.
- Wir wollen im Natur- und Artenschutz das gemeinsame kreative Potenzial von Naturschützern und Naturnutzern aktivieren, um wirksame und effiziente Lösungen zu finden.
- Unser Ziel ist, das Baden in der Spree für die Berlinerinnen und Berliner wieder zu ermöglichen. Wir wollen (im Gegensatz zum rot-roten Senat) die Vorgaben der europäischen Wasserrahmenrichtlinie zügig umsetzen. Wir wollen in allen Berliner Klärwerken die zusätzliche vierte Klärstufe errichten und ungeklärte Direkteinleitungen in die Gewässer in Zukunft möglichst unterbinden. Die Trennung von Regen- und Schmutzwasser in der Kanalisation wollen wir weiter vorantreiben und die notwendigen Rückhaltesysteme für Regenwasser schaffen, um Einleitungen von Abwasser bei starkem Regen zu verhindern.
- Das Grundwasserentnahmegelt wollen wir abschaffen, da es Wasser verteuert, wirtschaftsfeindlich und umweltpolitisch wirkungslos ist.
- Die Abfallentsorgung muss hohen ökologischen Ansprüchen genügen, gleichzeitig aber bezahlbar bleiben. Wertstofftonne und Biotonne sind im Wettbewerb auszuschreiben. Die Entsorgungswege für Abfälle müssen auf einen hohen Anteil stofflicher Verwertung ausgerichtet sein.
- Die Sauberkeit der Stadt wollen wir fördern, indem wir die Straßenreinigung effektiver machen.
- Wir wollen in allen Bezirken Naturschutz, Grünflächenplanung und Grünflächenpflege in einem Amt zusammenführen.

1 **Gesundheit**

2 Gesundheitsdienstleitungen und die Gesundheitswirtschaft haben eine zentrale Bedeutung für
3 Berlin, die in Zukunft noch wachsen wird.

4 **Krankenhäuser und Universitätsmedizin**

5 Zu Recht erwarten die Berliner eine qualitativ hochwertige Gesundheitsversorgung in unserer Stadt.
6 Wir wollen weniger politische Einflussnahme und Detailsteuerung, damit selbstoptimierende
7 wirtschaftliche Prozesse greifen können, damit sich das Angebot und die Qualität von
8 Gesundheitsleistungen in unserer Stadt stetig verbessert.

- 9 • Wir wollen, dass mehr Personal für Leistungen am Patienten zur Verfügung steht. Darum
10 werden wir darauf hinwirken, dass gerade in Zeiten knapper Ressourcen die Organisation der
11 Berliner Krankenhauslandschaft verbessert wird, um die verfügbaren Ressourcen besser zu
12 bündeln.
- 13 • Wichtiger als die Zahl der Betten ist eine leistungsorientierte und transparente
14 Investitionsförderung, damit der Patient in einem Berliner Krankenhausbett gut versorgt und
15 die Vor- und Nachbehandlung gut organisiert ist. Daher wollen wir lieber geringere
16 Bettenzahlen, wenn wir gleichzeitig die teilstationäre und ambulante Versorgung verbessern
17 und sie besser mit dem stationären Sektor koordinieren.
- 18 • Stundenlange Wartezeiten in den Rettungsstellen werden wir abstellen. Dazu werden wir
19 nicht nur Mindeststandards für Wartezeiten und einen Personalschlüssel nach Maßgabe des
20 Patientenaufkommens vorsehen.
- 21 • Wir wollen ein Ende der Planungswillkür und der Undurchsichtigkeit der
22 Investitionszuschüsse in der Krankenhausplanung. Dazu werden wir eine zentrale
23 Senatszuständigkeit für den Krankenhausbetrieb aller Berliner Krankenhäuser schaffen.
- 24 • Wir wollen die Universitätsmedizin und die Grund- und Regelversorgung entflechten. Den
25 Krankenhausbetrieb der Charité werden wir dazu auf den Standort Steglitz konzentrieren
26 und dort einen Neubau mit einem angegliederten Life-Science-Campus der
27 Gesundheitswirtschaft und -wissenschaft errichten.
- 28 • Die universitären Aktivitäten der Charité werden wir in eine Medizinische Hochschule in
29 öffentlicher Trägerschaft überführen. Dieser wollen wir mehr wissenschaftliche und
30 wirtschaftliche Freiheit durch Zielvereinbarungen einräumen, die die bisherige
31 Detailsteuerung ersetzen. Dazu wird die neue Medizinische Hochschule einen eigenständigen
32 Hochschulvertrag erhalten.
- 33 • Wir wollen, dass die Charité sich in Zukunft auf Spitzenmedizin konzentrieren kann. Dazu
34 werden wir die Aktivitäten der Charité in der Grund- und Regelversorgung auf andere
35 Krankenhäuser übertragen.
- 36 • Das Auftreten von Fällen mit mehrfachresistenten Bakterien werden wir systematisch und
37 zentral erfassen, um Risiken für Patienten zu verringern und hygienische Standards zu
38 verbessern.

- 1 • Wir wollen, dass Lehrtätigkeiten von ärztlichem Personal in Dienstplänen und
- 2 Personalschlüsseln adäquat berücksichtigt werden, damit Lehrende Zeit für gute Lehre
- 3 erhalten.
- 4 • Wir wollen Medizinstudenten besser in klinische Abläufe einbinden, damit schon früh
- 5 ausreichend praktische Erfahrung mit Patientenkontakten gesammelt werden kann. Einen
- 6 Missbrauch von Studenten für unbezahlte stationäre Hilfsarbeiten auf personell
- 7 ausgebluteten Stationen werden wir konsequent beenden.

8 **Gesundheitswirtschaft**

9 Wir wollen unsere Stadt als forschungs- und innovationsfreundlichen Standort mit exzellenten
10 Bedingungen im internationalen Umfeld weiter etablieren. Kooperation und funktionierende
11 Netzwerke sind die Voraussetzung für eine prosperierende Gesundheitswirtschaft.

- 12 • Wir benötigen eine kürzere Fristenbindung der Ethik-Kommission. Die Ethik-Kommission darf
- 13 Innovationen nicht durch Entscheidungsverzögerung verschleppen.
- 14 • Wir werden abwandernde Fachkräfte systematisch nach ihren Gründen befragen, um die
- 15 Arbeitsbedingungen in Berlin zu verbessern.
- 16 • Wir wollen eine jährliche Messe der entwickelnden Unternehmen und Institutionen, die zur
- 17 Vernetzung der öffentlichen Stellen und der Gesundheitswirtschaft und der Netzwerkbildung
- 18 der Akteure untereinander beiträgt.
- 19 • Wir werden dafür sorgen, dass die Qualität der gesundheitsbezogenen Dienstleistungen
- 20 ständig gemessen und bewertet wird. Zu diesem Zweck werden wir in Berlin einen
- 21 Forschungsschwerpunkt „Methoden- und Versorgungsforschung“ aufbauen.

22 **Ärztliche Versorgung und Öffentlicher Gesundheitsdienst**

- 23 • Berlin setzt sich in der Gesundheitsministerkonferenz für die Erstellung eines nationalen
- 24 Pandemieplans ein, damit Überreaktionen wie bei der „Schweinegrippe“, die die
- 25 Bevölkerung verunsichern und kostspielig sind, künftig unterbleiben.
- 26 • Die HIV-Prävention werden wir durch Präventionsarbeit in Schulen, Jugendeinrichtungen,
- 27 Sportvereinen und anderen Institutionen stärken.
- 28 • Wir werden dafür sorgen, dass die Freiheit des Arztberufes und die Unabhängigkeit
- 29 ärztlichen Handelns nicht länger zur Disposition gestellt werden. Nur eine Vielfalt von
- 30 Organisationsformen und Trägerschaften der ambulanten Versorgung und mehr Flexibilität
- 31 für Ärzte gewährleisten eine rationale Ressourcennutzung, geringere Wartezeiten und
- 32 bessere Qualität für Patienten.
- 33 • Die Bedarfsplanung wollen wir deregulieren, um mehr Niederlassungsfreiheit zu
- 34 gewährleisten.
- 35 • Wir werden die Möglichkeit der Sonntagsöffnung von Arzt- und Zahnarztpraxen einführen.
- 36 Dazu werden wir eine Bundesratsinitiative zur Aufnahme von Arzt- und Zahnarztpraxen in die
- 37 Liste der Ausnahmen vom Sonntagsarbeitsverbot einbringen.

1 Soziales

2 *Effizienter Mitteleinsatz in Notlagen*

3 Soziale Sicherheit ist unerlässlich für ein Leben in freier Selbstbestimmung. Daher ist das
4 Gewährleisten einer sozialen Absicherung elementarer Bestandteil unseres Verständnisses von
5 Freiheit. Der allumfassende Versorgungsstaat aber, der alles umverteilen und reglementieren will,
6 läuft dem zuwider. Staatliche Unterstützung darf nie zur reinen Almosenverteilung werden, sondern
7 hat stets Hilfe zur Selbsthilfe zu sein, wenn der Einzelne sich nicht mehr selbst helfen kann. Wir
8 unterstützen daher jede Eigeninitiative und jedes gesellschaftliche Engagement, das geeignet ist,
9 Notlagen zu beheben, finanzielle Abhängigkeiten vom Staat zu beseitigen und Eigenverantwortung in
10 Würde zu ermöglichen.

- 11 • Wir wollen, dass das Geld, welches wir als Steuerzahler zur Unterstützung Anderer
12 entrichten, effizient eingesetzt wird. Es muss vor allem den Bedürftigen zugutekommen und
13 darf nicht in der Landesverwaltung oder Trägerlandschaft versickern.
- 14 • Wir wollen im Sozialbereich Transparenz und Effizienz fördern, indem wir soziale Leistungen
15 über Benchmarks vergleichbar machen. Wir wollen die Maßnahmen fördern, die die besten
16 Ergebnisse erbringen.
- 17 • Das Know-How älterer Menschen wollen wir gezielt nutzen, um ehrenamtliches Engagement
18 weiter auszubauen. Das Miteinander von Haupt- und Ehrenamt werden wir weiter
19 befördern.
- 20 • Werkstätten für behinderte Menschen sollen Menschen mit Behinderungen verstärkt auf die
21 Arbeit im ersten Arbeitsmarkt vorbereiten und dort unterstützend begleiten. Eine Quote von
22 1% pro Jahr beim Übergang zum Normalarbeitsmarkt zeigt ein Systemversagen.

23 Sozialmarkt

24 Die vergangenen Jahre haben gezeigt, dass es dringend einer stärkeren Kontrolle der im Sozialmarkt
25 eingesetzten öffentlichen Mittel bedarf („Treberhilfe-Skandal“).

- 26 • Wir wollen mehr Transparenz für Politik und Öffentlichkeit durch ein Online-Register und
27 einen Trägeratlas, in dem alle sozialen Dienstleister mit ihren Projekten und den
28 Finanzierungsvolumina verzeichnet sind.
- 29 • Wir wollen einen bundesweiten Leistungsvergleich zu Gesamtkosten sozialer Leistungen
30 gegliedert in Verwaltungskosten, Gehälter usw. einrichten.
- 31 • Die Ausschreibung von Sozialleistungen werden wir transparenter machen. Wir werden dafür
32 sorgen, dass Leistungen erfolgsorientiert ausgeschrieben werden, um eine nachgelagerte
33 externe Bewertung zu ermöglichen. Erfolg misst sich im Sozialbereich immer an mehr
34 Selbstständigkeit und Verringerung der Abhängigkeit von staatlicher Unterstützung.
- 35 • Die bestehenden Kontrollmechanismen sind konsequent zu nutzen, Wirksamkeit und
36 Wirtschaftlichkeit der durchgeführten Maßnahmen sind regelmäßig zu überprüfen.
- 37 • Wir werden uns dafür einsetzen, dass die sozialen Träger in einen echten Wettbewerb
38 zueinander gestellt werden. Das Kriterium der „Erfahrung vor Ort“ darf nicht zu einer
39 immerwährenden Marktzugangsbeschränkung für neue Dienstleister werden.

- 1 • Der Staat hat die Aufgabe im Sozialsektor eine Bedarfsplanung vorzunehmen, die auf
2 transparenten Kriterien und nicht auf dem Angebot der Trägerlandschaft beruht.

3 **Barrierefreiheit**

4 Barrierefreiheit ist Voraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe. Sie stellt die Benutzbarkeit der
5 Einrichtungen unserer Stadt für jeden Menschen sicher.

6 Darum bekennen wir uns zur Barrierefreiheit im öffentlichen Raum. Wir wollen die öffentliche
7 Infrastruktur, den ÖPNV, öffentliche Kultureinrichtungen und öffentliche Gebäude barrierefrei
8 gestalten.

1 **Familie, Zusammenleben und Miteinander**

2 *Verantwortungsgemeinschaft im Mittelpunkt*

3 Familie ist dort, wo Kinder sind. Unser Leitbild der Familie ist jede auf Dauer angelegte
4 Verantwortungsgemeinschaft, in der Menschen füreinander eintreten und Verantwortung
5 übernehmen. Das familiäre Zusammenleben und die Erziehung von Kindern dürfen nicht verstaatlicht
6 werden. Das heißt jedoch nicht, Eltern mit der Verantwortung und den Belastungen alleine zu lassen.
7 Für die FDP gibt es auch eine öffentliche Verantwortung für Kinder und Jugendliche. Neben dem
8 Einsatz der Eltern muss bei Bedarf eine Ergänzung durch pädagogische Angebote und soziale Dienste
9 erfolgen. Eltern müssen in der Erfüllung ihrer familiären Aufgaben gestärkt und unterstützt werden.

10 Eltern müssen aber auch aktiviert werden. Zahlreiche Studien belegen, dass Kinder aus den sog.
11 bildungsfernen Elternhäusern nur eine sehr geringe Chance haben, sich ihren Begabungen
12 entsprechend zu entfalten, denn es mangelt an Unterstützungsmöglichkeiten durch die Eltern.
13 Chancengerechtigkeit muss jedoch unabhängig von der Herkunft ermöglicht werden. Deshalb wollen
14 wir die Kitas und Schulen stärken. Elternberatung braucht einen höheren Stellenwert. Die Kita wollen
15 wir deshalb zu einem Bildungs- und Familienzentrum ausbauen.

16 Wir verteidigen die Rechte gleichgeschlechtlicher Partnerschaften. Wir sorgen für die rechtliche und
17 tatsächliche Gleichstellung von eingetragenen Lebenspartnerschaften. Wir brauchen eine
18 gesellschaftliche Kultur der gegenseitigen Achtung, in der für Intoleranz und diskriminierendes
19 Verhalten kein Raum bleibt.

20 **Jugend und Jugendhilfe**

21 Wir setzen uns neben der notwendigen Intervention vor allem für eine Stärkung vorbeugender
22 Maßnahmen ein, die Kinder und Eltern frühzeitig durch Hilfe zur Selbsthilfe erreichen. Ohne
23 Präventionskonzepte kommt Hilfe immer zu spät. Hilfen werden immer teurer, je später sie greifen.

- 24 • Wir fordern eine konsequente Stärkung der Pflegefamilien anstelle der dreimal so teuren
25 Kinderheime.
- 26 • Hilfen zur Erziehung dürfen in Berlin nicht teurer oder weniger effizient sein als im übrigen
27 Bundesgebiet. Die Vergabe der Mittel muss zielgerichtet gesteuert werden.
- 28 • Die inhaltlichen und zeitlichen Angebote der Jugendfreizeitheime sind am tatsächlichen
29 Bedarf der Nutzer auszurichten.

30 **Kinderschutz**

31 Wir wollen Gewalt und Missbrauch an Kindern verhindern, ohne grundsätzlich jeder Familie ein
32 Misstrauen entgegen zu bringen.

- 33 • In Problemfällen ist eine frühzeitig aufsuchende, unterstützende Prävention erforderlich, die
34 einen persönlichen, vertrauensvollen, kontinuierlichen Kontakt zu den Eltern herstellt,
35 Überforderungen anspricht und Informationen über die entwicklungsgemäßen Bedürfnisse
36 von Kindern vermittelt.

- Wir wollen Eltern über regelmäßige und enge Zusammenarbeit mit Erziehern und Lehrkräften aktivieren, damit sie ihren wesentlichen Anteil am Bildungsprozess ihres Kindes besser wahrnehmen können.
- Das Konzept der „Familienhebammen“ für Problemfamilien wollen wir ausbauen, um junge Menschen aktiv für die Wahrnehmung ihrer Verantwortung als Eltern zu qualifizieren.

Kindertagesstätten und -pflege

- Die großen und unrentablen Kita-Eigenbetriebe wollen wir auflösen und alle Kitas in freie Trägerschaft überführen.
- Wir wollen mehr Klasse statt Masse in den Kitas. Darum wollen wir keine kostenfreie, sondern eine gute Kita. Die Beiträge wollen wir direkt in eine bessere Betreuungsqualität investieren, um die Förderbedingungen der Kinder und die Arbeitsbedingungen der Mitarbeiter gleichzeitig zu verbessern.
- Eine generelle Kitapflicht lehnen wir ab. Die Verantwortung für die Erziehung der Kinder liegt zunächst bei den Eltern.
- Wir wollen mit Hilfe von Fortbildungsmaßnahmen, Zertifizierung und Qualitätssicherung den Ausbau der Kindertagespflege fördern. Dort soll der Bildungs- und Betreuungsanspruch noch besser garantiert werden.
- Tagesmütter wollen wir verstärkt einsetzen, damit junge Mütter unbesorgt ihrer Arbeit nachgehen können, während sie ihr Kind in einer adäquaten Kleinstgruppenbetreuung wissen.

Frauen und Gleichstellung

Geschlechtsbezogene Diskriminierung ist in einer modernen Gesellschaft nicht akzeptabel. Frauen sind in Spitzen- und Leitungspositionen immer noch unterrepräsentiert, was auch für den Öffentlichen Dienst gilt. Auch verdienen sie bei gleicher Tätigkeit weniger als Männer.

- Wir setzen uns für gleichen Lohn für gleichwertige Arbeit ein.
- Fort- und Weiterbildungsangebote wollen wir auch während der Elternzeit zur Verfügung stellen, um einen Einstieg oder Umstieg nach dem Ende der Elternzeit zu erleichtern.
- Bei gleicher Qualifikation wollen wir in Führungspositionen der landeseigenen Unternehmen Frauen bevorzugt einsetzen.
- Teilzeitangebote wollen wir im öffentlichen Dienst verstärken, um die Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu fördern.

Die Finanzierung von Frauenhäusern und Zufluchtswohnungen werden wir auf eine verlässliche Grundlage im Landeshaushalt stellen.

Senioren

Zukünftig werden wir noch mehr als heute auf die Lebenserfahrung und Kompetenzen der älteren Generation angewiesen sein, um den demografischen Veränderungen in unserer Gesellschaft zu entsprechen.

- 1 • Alle Gesetze und Verordnungen im Land Berlin wollen wir auf nicht sachgerechte
- 2 Altersbeschränkungen untersuchen, um sie zu streichen oder anzupassen
- 3 • Wir werden ein verlässliches System der Mobilitätshilfsdienste einrichten, das
- 4 gesellschaftliche Teilhabe für Senioren mit Behinderung ermöglicht.

1 **Integration**

2 *Eigenverantwortung als Schlüssel liberaler Integrationspolitik*

3 In vielen Teilen unserer Stadt sind Integrationsprobleme real und konkret sichtbar. Um die
4 eingefahrenen Wege der Multi-Kulti-Romantiker auf der einen Seite und der Scharfmacher auf der
5 anderen Seite zu verlassen, bedarf es liberaler Lösungsansätze. Für uns Liberale müssen alle
6 Menschen grundsätzlich eigenverantwortliche Entscheidungen treffen, selbstverständlich auch
7 Menschen mit Migrationshintergrund. Wir Liberale nehmen sie ernst und wollen sie in die
8 gemeinschaftliche Verantwortung für unser Gemeinwesen nehmen. Genauso erwarten wir von
9 ihnen, wie von allen anderen Bürgern auch, Toleranz gegenüber den verschiedensten Ansichten und
10 Lebensweisen aller Menschen in diesem Land. Deshalb wollen wir für Migranten bessere Chancen
11 eröffnen, aber auch deutlich ihnen gegenüber Erwartungen aussprechen.

12
13 Jeder, der in Deutschland lebt, egal welcher Herkunft, muss die Menschenwürde und die
14 Grundrechte anderer Menschen achten. Unverhandelbar sind für uns die Grundwerte der
15 freiheitlich-demokratischen Grundordnung. Hierzu gehören neben der Gleichheit aller Menschen vor
16 dem Gesetz insbesondere Meinungs- und Religionsfreiheit, die Gleichberechtigung der Geschlechter
17 und die Achtung gleichgeschlechtlicher Beziehungen. Wir akzeptieren daher weder rassistische
18 Ausfälle noch deutschenfeindliches Verhalten. Unsere Gesellschaft hat als aufnehmende Gesellschaft
19 das Recht, klare Bedingungen zu definieren und diese gegenüber den Einwanderern zu
20 kommunizieren und ihre Erfüllung einzufordern. Genauso wie wir Respekt für Menschen mit
21 anderem religiösen Hintergrund erwarten, fordern wir im Gegenzug Respekt für die offene und
22 tolerante Gesellschaft und deren Ausprägung. Eine solche Kultur der Toleranz muss von allen
23 Menschen akzeptiert werden.

24 Mit neuen Zuwanderern wollen wir Integrationsvereinbarungen abschließen. Im Rahmen der
25 Vereinbarung verpflichten sich die Zuwanderer zu eigenen und konkret spezifizierten
26 Integrationsleistungen, wie z. B. innerhalb bestimmter Fristen die deutsche Sprache zu erlernen.
27 Denn Integration ist für uns eine Bringschuld der Zuwanderer. Im Gegensatz wird sich das Land Berlin
28 verpflichten, Zuwanderern entsprechende Hilfestellungen zu geben, beispielsweise für qualifizierte
29 und kostenfreie Sprachlehrangebote zu sorgen. Die Einhaltung der Integrationsvereinbarung soll
30 Grundlage des Aufenthalts sein, Verstöße werden mit Sanktionen geahndet.

31 Das Mittel der Integrationsvereinbarung soll, soweit möglich, auch hinsichtlich der bereits hier
32 lebenden, aber noch nicht integrierten Menschen im Rahmen der nachholenden Integration als
33 Zielvereinbarung angewendet werden. Dabei werden wir bei den Zuwanderern beginnen, bei denen
34 Integrationsdefizite besonders augenfällig sind und die staatliche Unterstützungsleistungen erhalten.

35 Wir werden dafür sorgen, dass im Rahmen der Eingliederungsvereinbarungen, die die Jobcenter mit
36 Arbeitslosen abschließen, verstärkte Bemühungen des Erlernens der deutschen Sprache abverlangt
37 werden. Von der Möglichkeit, Zuwanderer zur Teilnahme an einem Sprachkurs zu verpflichten,
38 wollen wir verstärkt Gebrauch machen.

1 Wir werden die bereits bestehenden Sanktionsmöglichkeiten gegenüber Integrationsverweigerern
2 konsequent anwenden. Bei Verweigerung des Sprach- bzw. Integrationskurses werden wir
3 regelmäßig von den gesetzlich vorgesehenen finanziellen und gegebenenfalls
4 aufenthaltsbeendenden Sanktionsmöglichkeiten Gebrauch machen. Zur Durchsetzung von
5 Sanktionen werden wir einen Informationsaustausch zwischen den beteiligten Behörden
6 sicherstellen.

7 Die Erwartung der deutschen Gesellschaft, dass Einwanderer schnellstmöglich die deutsche Sprache
8 beherrschen, muss soweit wie möglich manifestiert werden. Wir werden dazu auch die Berliner
9 Behörden anhalten. Beispielsweise soll die Erledigung von alltäglichen Behördengängen grundsätzlich
10 nur in der Amtssprache Deutsch möglich sein.

11 Gerade in jungen Jahren müssen Grundlagen für eine erfolgreiche Integration geschaffen werden:
12 Wir werden daher sicherstellen, dass Kindergärten und Schulen integrative Aufgaben erfüllen. Nach
13 Vollendung des dritten Lebensjahres werden Sprach- und Entwicklungsstand aller Kinder unabhängig
14 vom Migrationshintergrund untersucht. Sofern Sprachdefizite festgestellt werden, besteht eine
15 Kitapflicht mindestens in den letzten 2 Jahren vor Schulbeginn. Die verbindliche START-Klasse (→
16 Bildung) vor der Einschulung soll allen Kindern gleiche Startchancen ermöglichen. Kinder, die noch
17 nicht die notwendigen Deutschkenntnisse besitzen, müssen daher zunächst Intensivsprachkurse
18 besuchen. Bei Schülern, die wiederholt durch rassistisches, antisemitisches, deutschenfeindliches
19 oder sonstiges diskriminierendes Verhalten auffallen, muss der Katalog disziplinarischer Maßnahmen
20 konsequent ausgeschöpft werden.

21 Wir werden es nicht hinnehmen, dass viele motivierte Migranten mit Berufs- und
22 Hochschulabschlüssen aus ihren Herkunftsländern durch eine restriktive und intransparente
23 Ausbildungsanerkennung dazu gezwungen werden, soziale Transferleistungen in Anspruch zu
24 nehmen oder geringqualifizierte Tätigkeiten auszuüben. Wir werden uns daher für ein möglichst
25 einheitliches und übersichtliches Verfahren zur Anerkennung ausländischer Berufs- und
26 Hochschulanschlüsse einsetzen, das auch bereits vor der Einreise im Herkunftsland betrieben werden
27 kann. Über entsprechende Anträge muss innerhalb einer Frist von drei Monaten entschieden
28 werden.

29 Eine einseitige Bevorzugung von Migrantinnen und Migranten im Öffentlichen Dienst, wie vom rot-
30 roten Senat im Integrationsgesetz vorgesehen, lehnen wir als einseitig diskriminierend ab.

31 Berlin braucht qualifizierte Zuwanderer, die zur Entwicklung unserer Stadt einen positiven Beitrag
32 leisten. Wir wollen daher die Zuzugskriterien denen klassischer Einwanderungsländer, zum Beispiel
33 Kanada, angleichen. Wir müssen uns Zuwanderer interessens- und bedarfsorientiert aussuchen
34 können. Die Auswahl soll über ein Punktesystem erfolgen, in welchem Defizite in einem Bereich
35 durch besondere Qualifikationen in einem anderem kompensiert werden können. Der Zuzug von
36 Fachkräften muss unbürokratischer werden. Besonders hochqualifizierte Zuwanderer sollen daher
37 keiner Vorrangprüfung mehr unterliegen oder ein ganz konkretes Arbeitsplatzangebot nachweisen
38 müssen.

1 Wir werden das Vorhaben der liberalen Bundesjustizministerin unterstützen, Zwangsheirat zu einem
2 eigenständigen Straftatbestand zu machen. Ferner werden wir dafür sorgen, dass gefährdete junge
3 Migrantinnen und Migranten frühzeitig über das Phänomen der Zwangsheirat sowie ihre
4 diesbezüglichen Rechte, aber auch vorhandene Schutzeinrichtungen aufgeklärt werden.

5 Schulen werden wir dabei unterstützen, nach dem Vorbild der Hoover-Realschule eine Deutschpflicht
6 auf dem gesamten Schulgelände einführen zu können. Wir werden uns dafür einsetzen, dass
7 Schulen ein Kopftuchverbot einführen können, um Mädchen bei Bedarf vor sozialer Ausgrenzung zu
8 schützen. Gleichmaßen sollen die Schulen im Bedarfsfall eine einheitliche Schulbekleidung
9 einführen können, um soziale Ausgrenzungen zu vermeiden.

10 Einen weiteren Zuzug in die Sozialsysteme lehnen wir ab. Zuwanderer sollen sich grundsätzlich selbst
11 finanzieren. Daher sollen Zuwanderer aus Nicht-EU-Staaten im Regelfall fünf Jahre lang keinen
12 Anspruch auf steuerfinanzierte Förderung durch die Solidargemeinschaft erhalten. Ein
13 Ehegattennachzug soll nicht möglich sein, wenn der in Deutschland lebende Ehepartner innerhalb
14 der vergangenen drei Jahre Leistungen der Grundsicherung bezogen hat.

15 Wir wollen doppelte Staatsbürgerschaften ermöglichen und die bestehende Optionslösung
16 abschaffen. Ein kommunales Wahlrecht zu den Bezirksverordnetenversammlungen für Nicht-EU-
17 Bürger lehnen wir ab.

18 Sport

19 Sport leistet einen großen Beitrag zur Gesundheit, Integration und Vermittlung sozialer
20 Kompetenzen. Wir wollen die Rahmenbedingungen für Breiten- und Leistungssport besonders für
21 Kinder und Jugendliche verbessern. Wir wollen eine langfristige und vorausschauende
22 Sportstättenentwicklung.

- 23 • Wir wollen eine engere Kooperation zwischen Schulen und Sportvereinen ermöglichen. Sport
24 soll in den Schulalltag integriert werden.
- 25 • Beim Schwimmunterricht müssen die vorhandenen Ressourcen durch Kooperation mehrerer
26 Schulen mit Bäderbetrieben und Schwimmvereinen besser genutzt werden. Jedes Kind muss
27 Schwimmen lernen, um Badeunfällen vorzubeugen.
- 28 • Wir wollen vorhandene Sportanlagen für den Sport besser nutzen. Dazu werden wir ein
29 Online-Portal für die Nutzung von Sportanlagen einrichten und Schulhöfe und Sportanlagen
30 auch außerhalb der Schulzeiten für sportliche Aktivitäten zur Verfügung stellen.
- 31 • Wir wollen, dass die Bäderbetriebe wirtschaftlich arbeiten. Die hohen Subventionen durch
32 alle Steuerzahler an die Bäderbetriebe sind auf Dauer nicht tragbar. Daher werden wir die
33 Übertragung der Bäder an private Pächter und die Auslastung der bestehenden Standorte
34 prüfen.

1

2 **Verbraucherschutz**

3 Beim Verbraucherschutz steht der mündige Bürger im Mittelpunkt. Statt ihn ständig zu
4 bevormunden, wollen wir, dass der Verbraucher in die Lage versetzt wird, informierte und bewusste
5 Kaufentscheidungen in Eigenverantwortung zu treffen. Staatliche Kontrollen müssen
6 Mindeststandards sicherstellen und gezielt und wirksam wettbewerbliche Prozesse befördern.

- 7 • Den elitären Verbraucherschutzansatz der Grünen lehnen wir ab. Verbraucherschutz und
8 Lebensmittelsicherheit müssen über den Bio-Supermarkt hinaus auch für die Menschen
9 gewährleistet sein, die aufgrund ihres niedrigen Einkommens auf preiswerte Lebensmittel
10 angewiesen sind.
- 11 • Wir werden die Möglichkeiten der Verbraucherinformationen weiter ausbauen und
12 bestehenden Institutionen ausreichende finanzielle Mittel zur Verfügung stellen.
- 13 • Die Ausstattung und Anzahl der Kontrolleure in Berlin werden wir entsprechend den realen
14 Anforderungen erhöhen.

1 Kultur

2 Kunst und Kultur spielen für die Attraktivität unserer Stadt eine herausragende Rolle. Kultur ist Wert
3 an und für sich und nicht Mittler für etwas. Mittler ist die Politik – nicht die Kultur. Der Staat hat
4 kulturelle Inhalte zu respektieren und kulturelle Entwicklung zu fördern, ohne dass es zu einer
5 Daueralimentation künstlerischer Initiativen kommen darf, denn finanzielle Abhängigkeit schafft
6 Unfreiheit. Im liberalen Verständnis ist Kultur eine dynamische Größe, der man nicht mit statischen
7 Konzepten begegnen kann. Aufgabe der Politik ist es, auf der Basis eines sensiblen Umgangs mit dem
8 kulturellen Erbe Zukunftsstrategien für die Entfaltung kultureller Leistung einerseits und die Stärkung
9 kulturellen Bewusstseins andererseits zu entwickeln: der Staat schafft die Rahmenbedingungen, die
10 Bürger die Kultur.

11 Zur Sicherung einer hohen Qualität wollen wir

- 12 • alle Förderungsmodelle kritisch evaluieren. Förderungen binden wir an nachprüfbare
13 Maßstäbe: Künstlerische Qualität, Alleinstellungsmerkmale, Förderung der Imagebildung
14 Berlins, Zukunftsorientierung und innovative Kraft.
- 15 • künstlerische Freiräume durch das Schaffen von flexiblen Rahmenbedingungen sichern und
16 • überlebte Institutionen zur Disposition stellen.

17 Im Einzelnen bedeutet das:

- 18 • Das Humboldtforum ist das bedeutendste kulturelle Bauvorhaben in Berlin. Wir wollen das
19 Humboldt-Forum auf dem Berliner Schlossplatz zügig realisieren. Deshalb wollen wir den
20 Berliner Landesanteil an den Baumitteln möglichst schnell zur Verfügung stellen, damit die
21 Arbeiten beginnen können.
- 22 • Für die Liegenschaften der Dahlemer Museen werden wir ein Nachnutzungskonzept
23 entwickeln. Kurzfristig werden wir die Bestände vor dem Verfall sichern.
- 24 • Die Stiftung Preußischer Kulturbesitz wollen wir in ihren Bemühungen unterstützen, private
25 Kunstsammlungen für Berlin zu gewinnen.
- 26 • Innovative Finanzierungsinstrumente für die Kultur, die deren spezifischen Bedürfnissen
27 angepasst sind, wollen wir weiter entwickeln.
- 28 • Die Zuwendungen an wirtschaftlich erfolgreiche Häuser, wie z.B. den Friedrichstadtpalast,
29 sind stufenweise zurückzuführen.
- 30 • Die Struktur der Berliner Opernstiftung werden wir überprüfen. Ziel ist es, exzellente
31 Opernhäuser mit internationaler Ausstrahlung in Berlin zu haben.
- 32 • Auf den Bau einer öffentlich finanzierten Kunsthalle werden wir verzichten.

33 Zudem fordern wir:

- 34 • Ein zentrales Bibliothekskonzept für Berlin, das die faire Teilhabe aller Bürger ermöglicht.
- 35 • Eine Fortschreibung des Gedenkstättenkonzepts: Nicht Einfühlung, sondern Vermittlung ist
36 unser Ziel.

Kreativwirtschaft

Kultur- und Kreativwirtschaft meinen die Märkte von Architektur, Design, Mode, Werbung, Musik, Film, Rundfunk und Fernsehen, bildender und darstellender Kunst, Print- und Online-Medien. All dies sind Bereiche, in denen ästhetische und ideelle Werte gleichrangig neben wirtschaftlichem Nutzen stehen. Die konsequente Nutzung dieses Potenzials ist entscheidender Impuls für den Standort Berlin.

Zentrale liberale Ziele sind:

- Wir wollen die Kreativwirtschaft als wichtigen Wirtschaftsfaktor für Berlin, der das offene und kreative Klima der Stadt prägt, durch Entbürokratisierung entlasten.
- Wir wollen das Bundesprogramm „Initiative Kultur- und Kreativwirtschaft der Bundesregierung“ verstärkt für Berliner Unternehmer nutzbar machen.

Medien

Für uns Liberale bilden die Medienfreiheit und die Staatsferne in der Medienaufsicht die Grundlage unserer Politik, ob unter dem Stichwort Pressefreiheit, oder im Einsatz gegen Zensur im Internet. Wir wollen die Meinungs- und Pressevielfalt als Voraussetzung unserer pluralistischen Gesellschaft erhalten. Die enormen gesellschaftlichen und individuellen Chancen der Neuen Medien wollen wir umfassend nutzen und dabei den Risiken wirksam begegnen.

Im Einzelnen bedeutet das:

- Jugendmedienschutz darf sich nicht in der Bevormundung Jugendlicher oder der pauschalen Verurteilung von Computerspielen erschöpfen. Wir müssen vielmehr die Kompetenz aller Bürger, vom Schüler bis zu Senioren, im Umgang mit den verschiedenen Medienformen durch Bildungs- und Fortbildungsangebote stärken.
- Eine vielfältige Medienlandschaft bedarf sowohl eines zurückhaltenden Staates als auch kritischer, selbstbewusster Bürger: Statt auf politisch motivierte Bevormundung des Bürgers setzen wir auf die Entwicklung von Medienkompetenz auf allen Bildungsebenen.
- Der freie Zugang zum Internet ist unverzichtbar, um jedem Bürger gleiche Kommunikations- und Zukunftschancen zu eröffnen.

☐ angenommen ☐ abgelehnt ☐ zurückgezogen ☐ erledigt durch

überwiesen an

Abstimmung: ja nein Enthaltung ungültig